

Die Tagung der Industriellen

Von Heinrich Löffler

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 26. März eine große öffentliche Kundgebung in Berlin. Mit seiner vor einigen Jahren erfolgten Gründung wurde der Versuch unternommen, der gesamten deutschen Industrie, vom Klein- bis zum Großbetrieb, eine einheitliche und fest geschlossene Interessenvertretung zu geben. Rein äußerlich betrachtet, scheint der Versuch zum Erfolg geführt zu haben. Doch diese nach außen zur Schau getragene Geschlossenheit kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß auch in diesem Lager Gegensätze bestehen. Es kann ja auch gar nicht anders sein. Die großen und mächtigen Konzerne sind eifrigst und ununterbrochen bestrebt, ihren Machtbereich auszudehnen und die kleinen Unternehmungen aufzusaugen oder niederzukämpfen. Auch andere Interessengegensätze gibt es noch, die sich nicht leicht überbrücken lassen. Volle Einigkeit aber besteht, wenn Vorstöße gegen Arbeiterrechte unternommen werden. Dann marschiert der Berliner Spitzenkandidat der Demokratischen Partei, Herr v. Siemens, mit dem deutschnationalen Herrn Hugenberg Arm in Arm. Auch sonst haben sie den Arbeitern manches voraus. Sie tragen ihre Gegensätze nicht auf offenem Markt aus, sondern versuchen, wo sie hervortreten, in vertraulichen Beratungen einen Ausgleich zu finden.

Die diesmalige fünfte Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ließ in ihrer Aufmachung erkennen, daß man sich in diesem Lager sehr genau der Aenderung bewußt ist, die sich im Staatsleben vollzogen hat. Einst wurden die Minister berufen von einem Monarchen. Der Einfluß der Industriellen wirkte damals im Hintergrund. Sie antichambrierten in den Zimmern der Ministerien, wo man ihren Interessen sehr willig diente. Genügte das nicht, dann drückte man „dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge“. So geht es nun heute nicht mehr. Die Kabinette werden berufen vom Volke und haben darum der Stimmung des Volkes eine andere Beachtung zu schenken als einst im kaiserlichen Deutschland. Aus diesem Grunde sind die Industriellen in den letzten Jahren dazu gekommen, ihre besonderen Wünsche mehr in der Öffentlichkeit zu vertreten und um die Gunst der Volksmassen zu

werben. Sie sind also auch demokratischer geworden. Viele Herren dürften sich aber noch mit Wehmut der früheren Zeit erinnern und sich in stillem Gram verzehren, weil sie entschwand.

Vom Reichskabinett kann nicht gesagt werden, daß es dieser Tagung nur wenig Beachtung geschenkt hätte. Der Reichskanzler und zwei weitere Reichsminister ergriffen hintereinander das Wort. Ueberhaupt dürften auf dieser Tagung sämtliche Reichsministerien zu Gast gewesen sein. Wir erheben darum keinen Vorwurf, denn der Reichsverband der deutschen Industrie ist eine Vereinigung von großer wirtschaftlicher Bedeutung, die keine Regierung unbeachtet lassen kann. Zu verlangen aber ist, daß den Arbeitertagungen, etwa einem Freien-Gewerkschafts-Kongreß, gleiche Beachtung von den Regierungsstellen geschenkt wird, denn die Arbeitermassen sind doch auch wohl ein beachtenswerter Faktor der deutschen Wirtschaft.

Den über diese Tagung veröffentlichten Berichten ist eine besondere Auffälligkeit zu entnehmen. Uebereinstimmend bekunden sie, daß zwei Regierungsredner, der Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister, ihre Reden unter großem Beifall der Versammlung beendeten. Die Rede des Reichsarbeitsministers muß aber nach den übereinstimmenden Berichten mit großem Schweigen hingenommen worden sein. Sollten sich aber wirklich einige Lippen zu einem Bravo gerührt haben, dann hat es die geschickte Regie der Berichterstattung verstanden, den Eindruck zu erwecken, als sei der Reichsarbeitsminister dieser Versammlung Luft gewesen. Das ist symptomatisch. Der Reichsarbeitsminister hat soziale und wirtschaftliche Arbeiterinteressen im Rahmen des Staatsganzen zu wahren. Auch in dieser Tagung hat er anscheinend einen leisen Versuch unternommen, seinen Aufgaben dienstbar zu sein, denn in den Berichten heißt es: „Der Redner legte den Industriellen in wärmsten Worten nahe, durch Erhöhung des Lohnes für gelernte Arbeiter diesen einen Anreiz zu geben, im Lande zu bleiben.“ Dafür und für die soziale Tätigkeit, die das Arbeitsministerium auftragsgemäß zu entfalten hat, wurde nach allen Berichten der Presse die Rede dieses Ministers mit großem Schweigen entgegengenommen. Die Zeitungsberichte können nur diesen einen Eindruck erwecken. Lautlose Demonstration gegen den Sozialminister.

Nun zu den offiziellen Rednern dieses Kongresses. Herr Generaldirektor Dr. Vögler aus Dortmund, deutsch-volksparteilicher Reichstagsabgeordneter für Westfalen, hielt eine Rede über Staat und Wirtschaft. Leider sind die veröffentlichten Berichte nur sehr knapp gehalten, so daß der volle Sinn des Vortrags kaum zu erfassen ist. So viel aber steht fest: Der Redner hat sich nicht zu der Auffassung bekannt, daß es Pflicht der Industrie ist,

ohne Vorbehalte dem Staatsganzen zu dienen. Dafür aber möchte sie allein, ohne Rücksicht auf Volksinteressen, der Staatsgewalt das Ziel ihres Handelns diktieren. Welchen Kurs das Staatsschiff dann nehmen würde, ist nicht streitig. Er hat gemeint, „das politische Interesse der deutschen Industrie sei in der Vorkriegszeit . . . vor allem auf die Beilegung des sozialen Konflikts eingestellt gewesen“. Das ist, gelinde gesagt, eine Verzerrung der Wahrheit; denn soziale Konflikte lassen sich nicht beilegen durch rücksichtslosen Gebrauch der wirtschaftlichen Vormacht. So und nicht anders ist es doch gewesen. Wenn sich die Arbeitermassen den Bedingungen unterwarfen, dann geschah es nur der Not gehorchend und nicht aus eigenem und überzeugungsvollem Entschluß. Herr Vögler meinte, die Industrie verfolge nur eine politische Richtung, nämlich „die alten Grundsätze bewährter Wirtschaftsführung wieder herzustellen und in Einklang zu bringen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen“. Wenn auch der Rede Sinn nicht klar ist, dann aber kann es doch keinen Zweifel geben, was mit den „alten Grundsätzen bewährter Wirtschaftsführung“ gemeint ist. Man zielt ab auf die alte Betriebsdespotie, die keine Mitbestimmung der Arbeiter duldet, Auch ein schwaches, aber auf Vorbehalten beruhendes „Bekennnis“ zum heutigen Staat legte Herr Vögler ab. Das sieht nach den Berichten so aus: „Die Industrie werde den heutigen Staat freudig unterstützen, wenn er den Kampf gegen den Klassenhaß aufnimmt, das Volk von dem sozialistischen Wahn freimacht, auf ein gegenseitiges Verstehen der verschiedenen Berufs- und Volksschichten hinwirkt und das Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft fördert.“ Herr Vögler hat anscheinend Klassenkampf gemeint, obgleich er nach den Berichten das Wort Klassenhaß gebraucht haben muß. Haß ist kein sozialistisches Ideal. Daß es aber einen Klassenkampf gibt, hat Herr Vögler bewiesen; denn seine Rede war vom Klassenkampfgeist erfüllt. Wie der Staat „das Volk vom sozialistischen Wahn freimachen“ soll, hat Herr Vögler nicht gesagt. Wird etwa ein Sozialistengesetz gewünscht? Oder wie wäre es mit einem Gesetz, dessen einziger Paragraph lautete: „Sozialistische Gedanken zu haben oder sich mit solchen zu befassen, ist bei Todesstrafe verboten.“ Möglich ist, daß aber auch das noch nicht genügte, um dem „heutigen Staat die freudige Unterstützung der Industrie“ zu sichern. Wer ein gegenseitiges Verstehen der Volksschichten anstrebt und das Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft fördern will, sollte zunächst solche Reden nicht halten. Herr Vögler lebt in Westfalen. Haben die dortigen Arbeiter noch immer nicht bewiesen, daß sie ein Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft besitzen? Wer nach all den vielen Beweisen noch die nationale Gesinnung der Arbeiter — die natürlich

mit fanatischem Nationalismus nichts zu tun hat — bezweifelt, muß mit politischer Blindheit behaftet sein. Durch die Rede des Herrn Vögler zog sich eine unbezähmbare Voreingenommenheit gegen den Sozialismus. Das entschuldigt für ihn persönlich manches, aber nicht für den Reichsverband der deutschen Industrie, in dessen Auftrag er sprach. Welche Stellung nehmen die demokratischen Mitglieder des Reichsverbandes der Industrie, z. B. Herr v. Siemens, der Spitzenkandidat der Demokratischen Partei in Berlin, zu dieser Rede ein? Das zu erfahren wäre doch immerhin interessant.

Und für Herrn Vögler zum Schluß noch eins. Vor uns auf dem Tisch lag bei der Niederschrift dieser Zeilen das Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Auf S. 150 befindet sich die Selbstbiographie von Herrn Vögler, welcher Mitglied der Nationalversammlung war. Im Schlußsatz dieser Biographie bezeichnet sich Herr Vögler als „Reichsbevollmächtigter für die Sozialisierung des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers“. War denn Herr Vögler nicht auch vom sozialistischen Wahn befallen?!

Herr Dr. Ernst v. Borsig sprach auf dieser Tagung über: „Industrie und Sozialpolitik“. Es ist zuzugeben, daß sich seine Rede freihielt von Schlagworten, die auf früheren Tagungen der Arbeitgeber- und Industrieverbände üblich waren, wenn die Sozialpolitik zur Erörterung stand. Er erkannte die Notwendigkeit der Sozialpolitik an und sprach von ihr in würdiger Form. Das dürfte wohl mehr auf die persönliche Einstellung des Redners zurückzuführen sein, als auf die Stimmung der Arbeitgeber.

Herr v. Borsig beklagte, daß trotz fünfjähriger gemeinsamer Arbeit die Arbeitgeber heftigen Angriffen, besonders von freigewerkschaftlicher Seite, ausgesetzt seien. Er glaubte diese auf ihre dogmatische Einstellung zurückführen zu müssen. Das ist durchaus unrichtig. Von Arbeitgeberseite sind Dinge unternommen worden, die von keiner Gewerkschaftsrichtung ruhig hingenommen werden konnten und die, worauf Herr v. Borsig selbst aufmerksam machte, sogar eine Anzahl badischer Hochschulprofessoren veranlaßte, eine ernste Warnung an die Arbeitgeber vor sozialpolitischer Reaktion zu richten. Auch zum Staat scheint Herr v. Borsig eine ganz andere Grundeinstellung zu haben als sein Vorredner auf dieser Tagung. Beim Lesen der Berichte hat man so das Gefühl, als hätte Herr v. Borsig sich teilweise bemüht, die Darlegungen seines Vorredners abzuschwächen.

Er beklagte den Zerfall der Zentralarbeitsgemeinschaft und meinte, eine neue Arbeitsgemeinschaft müßte wieder auf dem Gedanken der freien Verständigung und der Selbstverantwortlichkeit fußen. Das ist durchaus richtig, nur ist auch erforderlich, daß getroffene Vereinbarungen nach unten durchgesetzt werden. Daran hat es gefehlt. Den schwersten Schlag erhielt aber der Gedanke

der Arbeitsgemeinschaft durch das Vorgehen der westfälischen Bergwerksunternehmer im vergangenen Herbst, die aus dem Hinterhalt die Arbeitermassen, welche mit ihnen in einem gemeinsamen Abwehrkampf gestanden hatten, überfielen mit dem Plan, die Vorkriegsarbeit im Bergbau durch einseitiges Diktat durchzuführen. Nach den Informationen, die wir über diese Angelegenheit erhielten, sind wir nicht der Auffassung, daß man den französischen General Degoutte zur Durchführung des Planes um Hilfe ersucht hatte, aber bestehen bleibt die Tatsache, daß dieser General, wenn auch auf besondere Fragestellung, unterrichtet wurde, hingegen aber die Gewerkschaften, mit denen nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern auch ein festes Vertragsverhältnis bestand, uninformiert blieben, um sie gegen den Vertrag, gegen Treu und Glauben zu überfallen. Das war gewiß nicht fair play. Wenn eine neue Arbeitsgemeinschaft entstehen oder die im Zusammenbruch begriffene neu aufgerichtet werden soll — wir würden eines von beiden begrüßen —, dann muß das Gift, das durch den westfälischen Streich ausgestreut wurde, entfernt werden in offener und freier Aussprache, wie es sich für Männer geziemt.

Herr v. Borsig betonte, daß die Arbeitgeber die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ebenso unumwunden anerkennen, wie sie selbst von ihr Gebrauch machen. Das war sehr löblich gesprochen, aber in der Praxis sieht es oft ganz anders aus. Die Gewerkschaften werden hundertfältig nachweisen können, daß in der Zeit des Abbaus in den Betrieben stehende Gewerkschaftsfunktionäre, die wahrlich nicht zu den schlechtesten Arbeitern gehörten, die ihr Fach verstanden, an erster Stelle entlassen wurden. Das ist eine Praxis, die nicht verwunderlich macht, daß das Gefühl vorhanden ist, als sollten die Gewerkschaften getroffen werden, und ist Gift für eine auf freier Vereinbarung beruhende Arbeitsgemeinschaft.

Herr v. Borsig hat sodann mit starker Betonung ausgesprochen: „Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik ist ein tatsächliches Machtmittel. Der Streik findet seine Grenze am Gemeinwohl. Im übrigen dürfen nur gesetzliche Mittel bei Durchführung des Streiks zugelassen sein.“ Wo soll das hinaus? Ein besonderes Recht zum Streiken ist nicht verlangt worden. Die Gewerkschaften begnügen sich mit dem Streikrecht, das aber für sie unantastbar ist. Sie vertreten die Auffassung, daß die Arbeiter das Streikrecht als letztes Machtmittel im wirtschaftlichen Kampf benötigen. Vor dem Beginn eines Streiks soll natürlich alles getan werden, um durch Verhandlungen eine Verständigung zu erzielen. Scheitern dergleichen Bemühungen aber am dogmatischen Widerstand hartnäckiger Unternehmer, dann muß den Arbeitern unter Führung ihrer Organisationen die Anwendung des Streikrechts freistehen. Gerade weil die Gewerkschaften im

Streik das letzte wirtschaftliche Kampfmittel erkennen und seine Anwendung nur dann empfehlen, wenn alle Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, gescheitert sind, gerade darum ist das Streikrecht ein unantastbares Gut. Ein Versuch, dieses Recht zu nehmen oder auch nur zu beschränken, würde die besonnensten Gewerkschaftsführer in den vordersten Reihen der Gegenwehr finden. Daß ein Streik seine Grenze am Gemeinwohl findet, ist richtig; nur darf privatwirtschaftliche Gewinnsucht nicht mit dem Gemeinwohl vermengt werden. Die Grenze zwischen beiden zu ziehen, muß man schon den Gewerkschaften, von denen nicht behauptet werden kann, daß sie sich jemals am Gemeinwohl versündigt hätten, überlassen. Mit diesem Teil der Rede hatte sich Herr v. Borsig seinem Vorredner genähert. Das hat er wohl auch taktisch für erforderlich gehalten, um den Gleichklang der Stimmung, der durch den ersten Teil der Rede gestört sein konnte, wieder herzustellen.

Mit dieser großen Heerschau sollte in der Hauptsache Eindruck auf die Parteien, die Regierung und das Volk gemacht werden. Nach der Stimmung zu urteilen, die von der Tagung der Deutschen Volkspartei aus Hannover vernehmbar ist, dürften bei dieser Partei die Mühen nicht zwecklos gewesen und auch die Regierung dürfte zum größten Teil nicht unbeeindruckt geblieben sein. Die Oberbürgermeisterpartei ist sehr beeinflussbar, weil sie ohnehin nach dem auf der Tagung kundgegebenen Geist handelt. Man weiß ja doch nicht, wofür das gut ist. Das Volk wird am 4. Mai urteilen.

Zusammenbruch der Rechtsprechung

I. Ludendorff

Von Erich Kuttner

Das sogenannte Münchener Volksgericht hat Ludendorff freigesprochen. Ludendorff hat sich darauf erhoben und den Richtern kräftig ins Gesicht gespuckt. Symbolisch natürlich — mit Worten. Aber diese Richter merkten, was vorging, und fuhren zusammen. Wenn sie einen Rest von Ehrlichkeit auf dem Grund ihrer Seele haben, werden sie zugestehen, daß sie diese verächtliche Geste verdient haben.

Jonathan Swift, der große Satiriker und Freiheitskämpfer, hat im letzten und gigantischsten Teil des Gulliver ein Wort auf die Kabinettjustiz seiner Zeit geprägt:

Bei den Verhandlungen gegen Leute, die eines Verbrechens wider dem Staat angeklagt sind, ist das Verfahren viel kürzer und löblicher: der Richter schickt erst zu denen, die im Besitze der Macht sind, um sie zu sondieren, und dann kann er den Verbrecher leicht unter strenger Beobachtung aller gehörigen Rechtsformen hängen oder retten.

Der Gulliver ist im Jahre 1726 erschienen, netto vor 200 Jahren. Um wieviel sind wir in der Kultur fortgeschritten, was hat sich gegen 1726 wesentlich an der Rechtspflege geändert?! Ein Verbrecher wurde freigesprochen — natürlich unter strenger Beobachtung aller gehörigen Rechtsformen —, nicht just, weil es die Regierung so wollte, — wer ist überhaupt jetzt Regierung in Bayern? — aber weil eine machthabende Strömung es verlangte. Nach der reaktionären Ausdrucksweise kann man auch sagen: Ludendorff ist unter dem Druck der Straße freigesprochen worden. Unter dem Druck der Straße, der bis in das Gerichtsgebäude, bis in den Zuhörerraum, bis auf die Bank der Verteidiger reichte, und von allen diesen Stellen aus aufwiegelte, drohte, einschüchterte, bald an die Tränendrüsen, bald an die bleiche Angst eines Richterkollegiums aus fünf Spießbürgern appellierte, wie es gerade zweckmäßig war.

Natürlich wissen auch diese Richter, müssen es wissen, wenn sie auf den Besitz eines menschlichen Durchschnittsverständes Wert legen, daß es überhaupt keinen Hochverrat gibt, wenn das, was Ludendorff getan hat, kein Hochverrat ist. Man fragt sich vergeblich, wieviel Ludendorff denn noch hätte weitergehen können, um nach Ansicht seiner Richter Hochverrat zu verüben? Die Erklärung im Bürgerbräukeller „überwältigt von der Größe des Augenblicks“, die gemeinschaftliche Anführung des Zuges in die Stadt mit Hitler, das waren doch die Ausdruckszeichen eines unbedingten Willens, nicht nur den Hitlerschen Putsch mitzumachen, sondern sich führend daran zu beteiligen. Man stelle sich einmal alle diese Handlungen von einem Kommunisten begangen vor, — und getrost wird auch der justizgläubigste Deutsche seine Hand dafür ins Feuer legen, daß dieser Mann von jedem beliebigen deutschen Gericht aalglatt verurteilt worden wäre.

Für den Freispruch Ludendorffs gibt es nur eine Erklärung: Das Gericht hat nicht ohne Ansehen der Person, sondern unter sehr ausdrücklicher Ansehung der Person geurteilt. Wären die Richter aufrichtig (auch gegen sich selbst) gewesen, so hätten sie erklärt: wir wollten Ludendorff nicht verurteilen. Aber bei uns ist Juristerei noch immer die Kunst, für den vorgefaßten Entschluß zum Unrecht nachträgliche Scheinrechtfertigungsgründe zu finden, vielleicht für die Welt, vielleicht auch für das Gewissen des Richters selber, der sich auf diese Weise beschwätzt, doch noch irgendwie im Einklang mit den Begriffen der Gerechtigkeit zu handeln.

Aber trotz aller Scheinrechtsgründe werden selbst die Leute, die über den Freispruch Ludendorffs jubeln, nicht glauben, daß dieser Freispruch irgend etwas mit rechtlichen Erwägungen oder mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu tun hat. Die deutsche Justiz ist einfach um eine Blamage reicher.

Doch der Freispruch des überführten Verbrechers, der selber die Schande dieser Tat seinen Richtern ins Gesicht speit, ist noch nicht einmal die schlimmste Blamage. Noch widerlicher gestaltet sich die Angelegenheit bei dem Versuch des Volksgerichts, die öffentliche Meinung dahin zu täuschen, daß es Hitler und drei seiner Mitschuldigen zu fünf Jahren Festung verurteilt habe. Hier schlägt die Komödie in die Posse um. Fünf Jahre Festung verkündet das Urteil nach außen, gewährt dann Strafaussetzung nach Verbüßung von 6 Monaten, rechnet vier Monate und zwei Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt an, so daß Herr Hitler von der schrecklichen fünfjährigen Strafe — notabene der gesetzlichen Mindeststrafe — sage und schreibe sechs Wochen zu verbüßen hat. Man muß sagen: Gegen diese sich selbst aufhebende Verurteilung bedeutet der offenbar gegen alles Recht erfolgte Freispruch Ludendorffs noch eine mutige Tat. Das gepriesene Volksgericht enthüllt sich uns hier als ein jämmerliches Angstgebilde, das hin und her schwankt zwischen der Furcht vor den Strafrechtsfolgen offener Rechtsbeugung und den Drohungen der Straße. Die Volksgerichte sollen ja nun bald zu Ende gehen. Man kann wenigstens sagen, daß sie mit ihrer letzten Tat ihrem bisherigen Walten die Krone aufgesetzt haben.

In dem Prozeß war viel von der sittlichen Wiedergeburt Deutschlands die Rede. Ein Volk mit solcher Justiz und einem sie beklatschenden Straßenpöbel ist meilenweit von jeder sittlichen Wiedergeburt entfernt. Ein Volk, das offensichtlich Unschuldige, wie Professor Quidde und Fechenbach, verhaften und ins Zuchthaus schicken läßt, aber über den Freispruch eines offenbar schuldigen Hochverrätters jubelt, befindet sich vielmehr in einem entsetzlichen Abstieg der Moral und Gesittung. Fester als je steht es heute, daß am allerwenigsten sittliche Erneuerung von der völkischen Bewegung ausgehen kann, die nur unter zwei Existenzbedingungen zu leben vermag: durch Meuchelmord und durch Justizmord.

II. Zeigner

Von Max Sachs, Dresden

Am Sonnabend voriger Woche ist der ehemalige sächsische Justizminister und Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden, ein Urteil, das wieder einmal zeigt, daß wir in Deutschland keine Justiz haben, wie sie eine demokratische Republik bitter notwendig braucht, sondern eine Justiz, über die man leider in der Öffentlichkeit nicht alles sagen kann, was man auf dem Herzen hat, wenn man nicht mit eben dieser Justiz in Konflikt kommen will.

Der Fall Zeigner ist von tiefster menschlicher Tragik. Ein noch junger, zweifellos von hohen Idealen erfüllter Mann kommt unerwartet und unerhofft an eine führende Stelle im Staat, die ihm einen reichen

und fruchtbringenden Wirkungskreis gewährt. Als Soldat hat er einmal in der Uebereilung eine Dummheit begangen, er hat Akten vernichtet, um vor der Gefahr sicher zu sein, in den Verdacht der Hehlerei zu kommen. Dieses Vergehen belastet ihn wie eine Bleikugel, die er am Fuße nach sich ziehen muß. Er ist dadurch in die Abhängigkeit von einem geriebenen Gauner, den in dem Prozeß mitangeklagten Möbius, geraten, der sein Wissen von der Tat dazu benutzt, um Zeigner, der inzwischen Minister geworden ist, für seine Zwecke auszunützen. Ein anderer wäre mit diesem Möbius wahrscheinlich schnell fertig geworden, er hätte ihn einfach hinausgeschmissen. Möbius hätte in diesem Fall den Mund gehalten, weil er mancherlei Dreck am Stecken hatte. Aber Zeigner fehlte dazu die nötige Entschlußkraft, und so ließ er sich immer wieder mit diesem Möbius ein, der aus dem Vermitteln von Gnadengesuchen ein Geschäft machte. Das die Ursachen der Tragödie des Menschen Zeigner. Aber das rein Menschliche ist hier an dieser Stelle weniger von Interesse, vielmehr die politische Seite der Angelegenheit.

Zeigner war keinesfalls ein Radikaler im Sinne des äußersten linken Flügels unserer Partei, er war z. B. nicht ein Gegner der Koalitionspolitik, er hatte auch keinerlei kommunistische Neigungen, sondern war durch und durch Demokrat und stand entschieden auf dem Boden der Reichsverfassung, aber er hatte den Willen, etwas zu leisten für die Demokratie, für den Sozialismus. Es braucht hier nicht darüber gesprochen werden, ob er sich dabei im einzelnen in seinen Mitteln vergriff. Jedenfalls ging er mit großem Fleiß an die Arbeit, und er hat, besonders als Justizminister, Leistungen aufzuweisen, die die Anerkennung jedes ehrlichen Republikaners verdienen. Er hatte die sehr richtige Anschauung, daß in einem republikanischen Staat an verantwortliche Stellen auch gute Republikaner gehören, und danach hat er gehandelt. Mag ihm in dem einen oder anderen Falle ein Fehler passiert sein, kein Zweifel kann daran sein, daß er eine ganze Reihe Leute an entscheidende Posten gebracht hat, die sich durchaus bewährt haben und deren Tüchtigkeit von niemand bezweifelt wird.

Als nach dem Fall des Kabinetts Buck in Sachsen von neuem ein Kabinett mit sozialdemokratischer Unterstützung zustande kam, wurde er Ministerpräsident, weil man zu ihm das Vertrauen hatte, daß er eine entschieden sozialistische Politik treiben würde. Wie er politisch gependet hat, ist bekannt. Durch die Art seiner politischen Tätigkeit hatte sich Zeigner in weitesten bürgerlichen Kreisen den größten Haß zugezogen, und daß das reaktionäre Beamtentum, das sich durch Zeigners Personalpolitik benachteiligt fühlte, auf den Mann schlecht zu sprechen war, ist nur zu begreiflich. Das hat er nun als Angeklagter vor Gericht büßen müssen.

Als bekannt wurde, daß er sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ, war das für weite Kreise in der reaktionären Presse und in der Justiz ein gefundenes Fressen. Der Prozeß wurde „entsprechend vorbereitet“. In der Presse wurde erzählt, daß man nur wenige Fälle aus der Fülle eines großen Materials herausgegriffen habe. Dem Mitangeklagten Möbius, der gleichzeitig der Hauptbelastungszeuge war, wurde angedeutet, daß er sich selbst diene, wenn er Zeigner belaste, und tatsächlich ist der Mann auch aus der Untersuchungshaft entlassen

worden, als er Zeigner belastete, und er kam wieder hinter Schloß und Riegel, als er seine Aussagen widerrief. Dadurch, daß man den Mitangeklagten Möbius zum Hauptangeklagten machte, sorgte man dafür, daß die Sache vor eine stramm deutschnationale Kammer kam. Von den fünf Bestechungsfällen, die zur Anklage standen, haben dann schließlich nur zwei zur Verurteilung geführt. In dem Prozeß ist zweifellos klargestellt worden, daß Zeigner von jeder kleinlichen Habsucht frei war, daß er von seinem Gehalt für ideale Zwecke beträchtliche Opfer brachte. Es geht dann weiter aus den Verhandlungen ganz klar hervor, daß Zeigner im höchsten Grade darüber ungehalten war, daß man ihm Geschenke überreichte, er behielt auch nichts von dem, was man ihm gab, sondern er gab die ihm überreichten Geschenke fast stets dem Möbius, damit er sie wieder zurückgäbe. In einem Fall allerdings hat er etwas Geld dem Möbius als Schweigegeld gegeben. Jedenfalls kann von Bestechlichkeit bei Zeigner nicht im geringsten die Rede sein. Im Prozeß sagte der Sachverständige aus, daß Zeigner ein Psychopath und sehr leicht beeinflussbar sei. Durch diese Eigenart seiner geistigen Beschaffenheit ist es auch nur erklärlich, daß er den Möbius nicht abzuschütteln vermochte. Trotzdem soll er wegen der Aktenvernichtung und der zwei noch übrigbleibenden Bestechungsfälle auf drei Jahre hinter Schloß und Riegel wandern. In dem einen Falle, der zu seiner Verurteilung geführt hat, hat man Zeigner eine Gans auf der Straße in die Hand gedrückt. Er hat die Gans nicht behalten, im Gegenteil, er war aufs höchste über dieses Geschenk entrüstet und hat sie schließlich dem Möbius übergeben. Trotzdem wird ihm für die Gans ein Jahr Gefängnis zudiktiert. Wenn überhaupt eine Verurteilung Zeigners aus formellen Gründen berechtigt war, so hätte bei vorurteilslosen Richtern das Urteil so milde als möglich ausfallen müssen. Der Gesetzgeber, der den Bestechungsparagraphen geschaffen hat, wollte denjenigen treffen, der sich wirklich durch die Gewährung von Geschenken in seiner Handlungsweise beeinflussen läßt, aber nicht einen Mann, der über den Versuch, ihm Zuwendungen zu machen, aufs höchste entrüstet ist, der aber die Ruhe verloren hat und sich infolgedessen formell nicht ganz korrekt verhält. Aber vor Gericht stand eben der ehemalige sozialdemokratische sächsische Justizminister und Ministerpräsident, der Mann, der sich insbesondere bei den Herren Juristen verhaßt gemacht hatte, weil er, um mit dem Staatsanwalt Fiedler zu sprechen, den „verfluchten“ sozialdemokratischen Richterbund gefördert hatte, der ehemalige kleine Staatsanwalt, der so schnell Karriere gemacht und alle seine Kollegen übersprungen hatte. So kam es zu dem drakonischen Urteil gegen Zeigner, das in einem so schreienden Mißverhältnis zu den Unkorrektheiten steht, die im schlimmsten Falle Zeigner zur Last gelegt werden können. Unsere Justiz kann auch streng sein, wenigstens wenn sie es nicht mit nationalistischen Hochverrätern zu tun hat, die nur ein bißchen die Verfassung der deutschen Republik umstürzen wollen.

Die reaktionäre Presse sieht sich durch den Zeigner-Prozeß getäuscht. Man hatte die Hoffnung, daß die Verhandlung im Zeigner-Prozeß einen großen sozialdemokratischen Korruptionsherd aufdecken würde — nichts von alledem. Es ist auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht, daß von den Verfehlungen Zeigners irgend jemand in der Partei gewußt hat, und sowie die Dinge ruchbar wurden, hat

Zeigner, der schon vorher als Ministerpräsident ausgeschieden war, sein Amt niedergelegt. Nun macht man der Sozialdemokratie heftige Vorwürfe, weil sie einen Mann wie Zeigner auf Posten gestellt habe, für die er ungeeignet war. Wenn davon die Rede sein soll, wie weit für an führender Stelle stehenden Persönlichkeiten für ihr Amt geeignet waren, so sollte die bürgerliche Presse nur ruhig sein. Wie unter Wilhelm II. Minister ernannt wurden, ist zu gut bekannt, und mit den Leistungen ihrer Staatsmänner im neuen Deutschland können sich gerade die rechtsgerichteten Teile der bürgerlichen Parteien nicht gerade sehen lassen. Man denke nur an die Tätigkeit Cunos und seiner Leute, und daran, wie es um Deutschland bestellt wäre, wenn die Staatsmänner der Deutschnationalen, die Helfferich und Hergt, ans Ruder gekommen wären.

Nach dem ganzen Ausgang des Prozesses muß man sagen, soweit Zeigner und seine Verfehlungen in Betracht kommen, ist der in der Presse so aufgebauschte Fall Zeigner von sehr geringer Bedeutung. Aber der Prozeß gegen Zeigner und das Urteil reihen sich den zahlreichen Justizfällen ein, die zeigen, daß der Geist der Klassenjustiz des alten Deutschen Reiches in der deutschen Republik nur noch zu lebendig ist.

Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen?

Ein Jubiläumsaufsatz von Eduard Bernstein

Vorbemerkung. Der hier folgende Aufsatz wurde von mir vor Jahresfrist auf Einladung der Redaktion der in New York in jiddischer Sprache erscheinenden sozialistischen Wochenschrift „Der Wecker“ für die Festnummer geschrieben, die der Feier des 25jährigen Erscheinens dieses Streiters für den Sozialismus gewidmet war. Wenn ich ihn heute auch in deutscher Sprache veröffentliche, so geschieht es im Hinblick auf den Umstand, daß die allerhand Enttäuschungen, welche die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren bei uns und anderwärts erlebt hat, auf erhebliche Teile dieser recht niederdrückend eingewirkt haben, so daß die einen an politischer Spannkraft Einbuße erleiden, andere, die auf die kommunistischen Experimente der Bolschewisten Sowjet-Rußlands Hoffnungen gesetzt hatten, nach deren nicht mehr zu verhelandem völligen Fehlschlag zum Spielball von Demagogien übelster Art herabzusinken drohen. Angehörige beider Gruppen werden, so hoffe ich, aus den Darlegungen dieser Abhandlung die Ueberzeugung schöpfen, daß das, was wir heute auf sozialem Gebiet an unliebsamen Erscheinungen erleben, die allgemeine Entwicklung zum Sozialismus nicht aus der Welt schaffen kann. Sie sollen sie dadurch, daß sie ihnen in der Ueberschätzung der Raschheit und Uniformität der sozialen Entwicklung den Hauptgrund der Fehlgriffe und Fehlschläge radikal scheinender sozialen Experimente aufdecken, im Glauben an die Möglichkeit einer zielführenden sozialistischen Politik festigen und ihnen die Einsicht in die elementaren Bedingungen des Erfolgs einer solchen Politik zum dauernden Erwerb auf den Weg geben.

Ed. B.

*

Wenn man sich die Frage beantworten will, ob und wie der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen werde, so muß man sich vor allem klar machen, was man sich unter Sozialismus zu denken hat.

Lange wurde unter Sozialismus der Plan oder das Schema einer kunstvoll erdachten Gesellschaftsordnung verstanden, die eine höhere Form des Zusammenlebens der Menschen, größere Harmonie unter ihren Mitgliedern und größeren Wohlstand dieser zur Verwirklichung bringen würde. Die Sozialisten, die so dachten, verlegten sich daher darauf, Muster einer solchen Gesellschaft auszuarbeiten, und haben es auch meistens verstanden, sie mit recht anziehenden Zügen auszugestalten. Liest man ihre Schilderungen aber genauer durch, so wird man finden, daß es sich da immer um wenig ausgedehnte Gemeinwesen mit einer Bevölkerung handelt, die an Zahl kaum einer heutigen Mittelstadt gleichkam. Robert Owens Heimkolonien waren auf ein paar tausend, Fouriers Phalansterien auf etliche zwanzigtausend Einwohner berechnet, und noch eine ganze Anzahl ähnlicher Beschreibungen von Idealstaaten unterscheiden sich in diesem Punkt nicht wesentlich von ihnen.

Ueber alle diese Pläne ist aber, um es drastisch auszudrücken, die Lokomotive, ihnen den Garaus machend, hinweggegangen. Fast ausnahmslos entstammen sie einer Zeit, wo der Güterverkehr noch wenig entwickelt, der Austausch von Gütern über die Grenzen eines mäßig großen Bezirks hinaus eine Ausnahme war. Seitdem das Dampfproß und nun auch die Elektrizität hierin gründlich Wandel geschaffen haben, seit die Produktion für den Ort an Bedeutung immer mehr hinter der Produktion für den, das ganze Land umfassenden und mit dem Weltmarkt in Wechselbeziehung stehenden großen Markt zurückgetreten ist und wir im Zeichen des hochentwickelten Verkehrs leben, sind fast alle aus jenen Mustern abgeleiteten Folgerungen für das praktische Wirken gegenstandslos geworden, nur geeignet, die für die Befreiung der in proletarischen Verhältnissen lebenden Volksmasse Kämpfenden auf Abwege zu führen, indem sie sie verleiten, ihre Kraft an Projekte zu verschwenden, die zum Scheitern verurteilt sind, und denjenigen Aufgaben zu entziehen, die durch die tatsächliche Entwicklung der Produktionsverhältnisse zur Lösung gestellt und lösbar gemacht sind.

Es ist die große theoretische Leistung von Karl Marx und Friedrich Engels für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse, dies schon zeitig erkannt und die sich daraus für diese Bewegung ergebende wegweisende Folgerung mit prophetischem Weitblick und der Rücksichtslosigkeit wissenschaftlichen Denkens gezogen und verkündet zu haben. Dieser Radikalismus im Denken, der nicht zu verwechseln ist mit dem Radikalismus der Schlagworte, unterscheidet sie von einer ganzen Anzahl hochachtbarer Sozialisten, welche gleich ihnen den Grundfehler des oben gekenn-

zeichneten utopistischen Sozialismus erkannt, aber es nicht fertig bekommen hatten, sich aus dem Bannkreis seiner Ideologie zu befreien.

Welches ist aber diese wegweisende Folgerung? Friedrich Engels faßt sie zu Anfang des dritten Abschnittes seiner meisterhaften Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in die Worte zusammen, daß die Mittel zur Beseitigung der gewaltigen sozialen Mißstände, die das Zeitalter der kapitalistischen Produktion kennzeichnen,

„nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken sind.“

Entdecken und nicht erfinden — wie sehr diese Gegenüberstellung ins Schwarze trifft, wird aufs deutlichste zur Anschauung gebracht durch die Entwicklung, welche die sozialistische Bewegung seit den Tagen, wo Marx und Engels ihre Theorie ausarbeiteten, in allen Ländern tatsächlich genommen und innegehalten hat. Ueberall beschreibt sie den Weg von Versuchen, die Gesellschaft nach dem Schema ausgeklügelter Muster umzumodeln, hinweg zum Kampf von politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse für Forderungen, die den realen Bedürfnissen dieser Klasse auf den verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens ihre Aufstellung verdanken, Forderungen, die aus der Erkenntnis der Klassenlage der proletarischen und den der Proletarisierung ausgesetzten Klassen und den materiellen und geistigen Bedingungen ihrer Befreiung heraus geboren werden. In den Programmen dieser Parteien und den Satzungen dieser wirtschaftlichen Organisationen über ihre Grundsätze und Ziele leben von den alten Zukunftsbildern nur noch solche Gedanken fort oder finden sich in ihnen wieder, welche Grundsätzen entsprechen, die ohnehin Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung sind. Dagegen weisen die neuen Programme und Statuten in sehr bestimmter Fassung Forderungen auf, von deren Vorhandensein und Bedeutung man im Zeitalter des utopistischen Sozialismus noch gar keine Ahnung hatte. Der größte Teil der Fragen der Sozialgesetzgebung unserer Tage hatte nur erst in einigen unbedeutenden Keimen Gestalt angenommen. Ebenso mit den Fragen der sozialen Hygiene und der Gesundheitspflege im allgemeinen, den Fragen von Bildung und Kultur, des Jugendschutzes, der sozialen Versicherung, den Beamtenfragen, den Fragen der tariflichen Lohnbestimmung, und vor allem der Rückwirkung der Um- und Neugestaltungen der Produktionsverhältnisse auf die verschiedenen Fragen der Wirtschaftspolitik.

*

Friedrich Engels gibt am Schluß der späteren Auflagen seiner oben zitierten Schrift eine Zusammenfassung des Entwicklungsganges der Produktionsverhältnisse, wie sie sich vom Mittelalter an bis zum Höhegrad der Produktion, den er vor sich sah, gestaltet hatten, und nach den damals zu beobachtenden Vorzeichen bis zur proletarischen Revolution und der durch diese zu gewärtigende Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft voraussichtlich gestalten würden. Vieles von dem, was er dort voraussagt, ist durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt worden, die Gesellschaft als Ganzes aber sieht heute in allen Ländern moderner Entwicklung in verschiedener Hinsicht anders aus, als bei ihm vorausgesetzt ward. Die Gliederung der Klassen hat sich nicht in der gedachten Weise vereinfacht. Die Mittelschichten, die zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse stehen, nehmen noch einen viel zu großen Raum in der Gesellschaft ein, als daß man sie in unseren Tagen so völlig ignorieren könnte, wie Engels das in seiner Zukunftsperspektive tun zu dürfen glaubte.

Hinsichtlich der Bauern ist heute allgemein anerkannt — auch Karl Kautsky und andere Marxisten strengerer Observanz machen da keine Ausnahme —, daß sie sich als im hohen Grade lebenszäh erwiesen haben. Sie haben fast überall an absoluter Zahl zu- und nicht abgenommen, und nichts spricht dafür, daß sie in absehbarer Zeit nennenswert abnehmen werden. Für die soziale und politische Entwicklung kommt das aber um so mehr in Betracht, als die Bauern in den meisten Ländern ein konservativer, dem Sozialismus sich entschieden ablehnend gegenüberstellender Faktor geworden sind. In Deutschland sind sie in ihrer großen Mehrheit Fanatiker des Privateigentums.

(Schluß folgt.)

Finanzen und Wirtschaft der Freien Stadt Danzig

Von Bruno Gebauer, Mitglied des Danziger Volkstages

Die auf Drängen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im November v. J. im Gebiete der Freien Stadt Danzig eingeführte neue Guldenwährung hat einen unerwarteten Rückschlag auf das Danziger Wirtschaftsleben gezeitigt. Vor der Einführung wirtschaftliche Hochkonjunktur, nach der Einführung Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen: Niedrige Löhne, große Arbeitslosigkeit. Zurzeit sind etwa 7500 Personen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet; da aber die Erfahrung lehrt, daß ein großer Teil der Erwerbslosen sich nicht auf den Arbeitsämtern meldet, da sie keine Unterstützung zu erwarten haben, so muß man die Zahl der Arbeitslosen auf ca. 12 000 schätzen, wovon 2000 auf das platte Land entfallen. Bei

dem kleinen, nach der Volkszählung vom 1. November v. J. 363 000 Einwohner zählenden Staatswesen sicher eine exorbitant hohe Zahl.

Die Ursache dieser vorhandenen Wirtschaftskrise ist neben dem vorhandenen Kapitalmangel die Auswucherung der Wirtschaft durch die Banken — an Zinsen werden von den Banken 5—13% monatlich erhoben — und die unmodernen Produktionsstätten der Danziger Industrie. Ehemals war Danzigs Industrie durchweg Rüstungsindustrie. Die Betriebe waren schon vor der Revolution veralteter Konstruktion, so daß bei der Umstellung der Rüstungsindustrie zur Friedensarbeit die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe stark litt. Aber die Inflation half über diese schwierige Lage hinweg. Dasselbe ist der Fall mit den neuen Industrien, welche sich seit Begründung der Freien Stadt unter großer Begünstigung der Danziger Regierung hier niedergelassen hatten. Deutsche Firmen benutzten diese Gelegenheit, in Danzig Filialen zu errichten, zur Kapitalflucht, brachten aber nach Danzig nur ihre veralteten und verbrauchten Produktionsmittel, zahlten hier keine Steuern und erzielten riesenhafte Gewinne. Auch sie sind jetzt nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt und schließen ihre Betriebe. Die Errettung aus dieser Lage wird erst möglich sein, wenn die Produktionsstätten sich der neuen Zeit angepaßt haben werden und auch die Kapitalnot verschwunden sein wird. Trotzdem fast der größte Teil der Danziger Wirtschaftspolitiker diesen Standpunkt teilt, stellen die Scharfmacher unter der Führung des Präsidenten der Danziger Handelskammer, des als Scharfmacher allbekanntes Werftbesitzers Felix Klawitter, die Parole auf: „Mehr arbeiten und weniger verdienen“. So sind auch die Tarife sämtlicher Berufsgruppen zum 31. März d. J. gekündigt worden und der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit wird einsetzen.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist herbeigeführt durch die Ueberflutung des Danziger Marktes mit polnischen landwirtschaftlichen Produkten. Von weither bringen polnische Erzeuger und Händler die Waren nach Danzig, weil sie hier höhere Preise erhalten und weil sie auch das Danziger Silbergeld als wertbeständiges Zahlungsmittel mit nach Hause nehmen können. Dadurch war eine Senkung der Preise für Lebensmittel eingetreten, welche Ackerbau und Viehzucht in der Freien Stadt unrentabel macht. In letzter Zeit jedoch ist zu bemerken, daß auch die polnischen Kreise sich den Danziger Warenpreisen ziemlich angepaßt haben, wozu auch die Stabilität der polnischen Währung beigetragen hat.

Trotz dieser großen Erwerbslosigkeit befinden sich im Gebiete der Freien Stadt noch ungezählte Ausländer. So zählt die Ostseestadt Zoppot, das sogenannte nordische Monaco, neben 20 957 Danziger Staatsbürgern 14 800 Ausländer, von denen 3111 ständig gemeldet sind. Unter den Ausländern spielen neben Polen die Russen eine besondere Rolle; Danzig ist zur Zentrale der allrussischen Bewegung geworden. Es erscheint auch ein Organ der russischen Monarchisten, die sich hier, soweit sie mittellos sind, als Fabrikarbeiter, Nachtwächter, Parkwärter usw. betätigen. Eine Entfernung dieser vielen Ausländer ist bisher noch nicht möglich gewesen, da die Scharfmacher den größten Widerstand entgegensetzen und der Senat zurzeit der Schuldklave dieser Scharfmacherkreise ist.

Die Abtrennung Danzigs vom Reich zeigt sich auch in der Handelspolitik der Freien Stadt. Die Wirtschaftsbeziehungen Danzigs und Deutschlands sind schon in den Hintergrund getreten. Der Gesamteigenhandel Danzigs mit dem Wirtschaftsausland — Polen nicht mit einberechnet — betrug nach den Mitteilungen des Danziger Senats im Kalenderjahr 1923 dem Gewicht nach 11,7 Millionen Doppelzentner, eine für ein Staatswesen von 363 000 Einwohner außerordentlich hohe Zahl. Hiervon entfallen 7,1 Millionen Doppelzentner auf die Ausfuhr und auf die Einfuhr 4,6 Millionen Doppelzentner. In Werten umgerechnet ergeben sich Einfuhrwerte von 299,6 Millionen Gulden — ein Gulden ist der 25. Teil eines Pfund Sterling — und Ausfuhrwerte von 383,8 Millionen Gulden. Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt dem Gewicht nach 2,5 Millionen Doppelzentner, dem Werte nach 84,2 Millionen Gulden gleich 3,368 Millionen Pfund Sterling. Es ergibt sich also eine tatsächliche Aktivität der Handelsbilanz der Freien Stadt, die noch erhöht werden dürfte, wenn der Außenhandelsverkehr mit Polen ziffernmäßig festgestellt sein dürfte. Der Monatswert der Einfuhr schwankte von 0,5—1,75 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr zwischen 0,8—1,6 Millionen Pfund Sterling. Auf die einzelnen Länder verteilt, stehen, abgesehen von Polen, das vermutlich an erster Stelle kommt, in der Einfuhr im Vordergrund die Vereinigten Staaten mit 2,65 Mill. Pfd. Sterl., Großbritannien mit 2,25 Mill., Deutschland mit 2,14 Mill., von dem nur etwa 1 Proz. auf Ostpreußen entfällt, es folgen sodann Afrika mit 1,07, Belgien mit 0,35, die Niederlande mit 0,32, Norwegen mit 0,3, Frankreich mit 0,28, Dänemark mit 0,25, Indien mit 0,23, Chile mit 0,19, Schweden mit 0,17, Argentinien mit 0,1, desgleichen Rußland mit 0,1 Pfd. Sterl. Die sonstigen europäischen Länder haben die beträchtliche Zahl von 1,25 Mill. Pfd. Sterl. aufzuweisen, hiervon entfallen in erster Linie Italien, Spanien und Deutsch-Oesterreich, die ersteren beiden hauptsächlich für Südfrüchte, Italien auch für Schwefel. Die sonstigen asiatischen Länder haben 0,125 und die sonstigen amerikanischen Länder 0,075 Mill. Pfd. Sterl. aufzuweisen. Bei der Ausfuhr steht England an erster Stelle mit 3,16 Mill. Pfd. Sterl. Ihm folgt Deutschland mit 2,5 Mill., wovon auf Ostpreußen 0,36 Mill. entfallen. Es folgen dann: Dänemark mit 1,71, Frankreich mit 1,62, Belgien mit 1,5, die sonstigen europäischen Länder mit 1,56 (es handelt sich hier meistens um die Randstaaten), die Niederlande mit 1,28, Norwegen mit 0,324 Mill. Pfd. Sterl. Dann kommen Schweden, Vereinigte Staaten, Afrika, Indien und Rußland mit geringeren Werten. Bei den Waren-gattungen überwogen bei der Einfuhr die Nahrungsmittel, wie amerikanisches Weizenmehl, isländische und norwegische Heringe, ferner spielten eine Rolle englische Kohle, chilenische Düngemittel und rohe Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, aus Indien und aus Aegypten, Wolle aus England und Frankreich. In der Ausfuhr steht Holz an weitaus erster Stelle. Von Holz geht beinahe die Hälfte nach England, dann kommt Zucker, der hauptsächlich nach England und Dänemark geht. Dieser Handelsverkehr hätte sich nicht erreichen lassen, wenn nicht Danzig und Polen zu einem Zoll- und Wirtschaftsgebiet vereinigt wären, denn das ausgeführte Holz stammt aus den polnischen Wäldern und Danzig hat nur die Rolle eines Zwischenhändlers. Ebenso ist der

größte Teil der Einfuhrwerte wieder nach Polen weiter gegangen. Der Danziger Handel ist also durch Polen großgezogen worden.

Neben der Handelsbilanz verdient der Haushaltsplan der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1924 besondere Aufmerksamkeit. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 85 984 290 Gulden. Bei den Ausgaben steht an erster Stelle der Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen, der einen Zuschuß von 8 261 000 Gulden erfordert. Ihm folgen die Haushaltspläne für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Verwaltung des Innern. Ueberschüsse erbringen die Steuerverwaltung, Post- und Telegraphenverwaltung, Zollverwaltung sowie die landwirtschaftliche Verwaltung. Das Parlament kostet den Staatsbürgern 320 000 Gulden oder 0,37% sämtlicher Ausgaben, ist also billiger als alle anderen Parlamente. Der in Danzig stationierte Oberkommissar des Völkerbundes kostet der Freien Stadt 74 050 Gulden (denselben Betrag hat die Republik Polen zu zahlen). Der Haushaltsplan sieht vor 6670 Beamte und 1199 Angestellte, während der Etat des vorangegangenen Rechnungsjahres 7119 Beamte und 2039 Angestellte vorsah; es sind also in Danzig 464 Beamte und 864 Angestellte abgebaut worden. Trotzdem kommt noch auf je 35 Einwohner ein Beamter. Die Abrechnungen der vorangegangenen Etatsjahre ergibt folgendes Bild: Die Rechnung von 1920 wies einen Fehlbetrag von 866 975,77 Goldmark auf, 1921 erbrachte einen Ueberschuß von 890 453,38 Goldmark, 1922 desgleichen einen Ueberschuß von 703 494,88 Goldmark. Die Abrechnung für 1923 ist noch nicht vollendet, sie wird wahrscheinlich mit einem Ueberschuß in der Höhe des vorangegangenen Rechnungsjahres abschließen. Diesen Ueberschüssen stehen die noch zu machenden Ausgaben für die Begründungskosten der Freien Stadt gegenüber, die betragen für Grenzfestsetzung 30 892,75 G., für die interalliierte Zivilverwaltung, die 1920 in Danzig errichtet war, 371 550 G., die militärische Besetzung Danzigs von Franzosen und Engländer im Jahre 1920 6 695 052,25 G., Anteil an Preußens und Deutschlands Schulden 3 713 800 Goldmark oder 5 013 630 Gulden, und die Bezahlung des übernommenen preußischen Staats- und deutschen Reichseigentums in Höhe von 120 Millionen Goldmark oder 162 Mill. Gulden. Zusammen hat Danzig durch seine Begründung eine Schuldenlast von 174 111 125 G. aufgehäuft bekommen.

Die zur Deckung der Ausgaben des Staates notwendigen Einnahmen beschränken sich auf Steuern und Zölle, die alle Bevölkerungsklassen ziemlich niederdrücken. Die ausländische Konkurrenz tritt zudem stark in Erscheinung, kann doch die französische und die schwedische Industrie trotz der hohen Goldzölle ihre Waren billiger nach Danzig liefern als wie die einheimische Industrie. Sollte die von der polnischen Regierung vorgenommene Erhöhung der Zölle noch auf andere Artikel ausgedehnt werden, so dürfte die immerhin schon ernste Lage zur Katastrophe für die Danziger Wirtschaft werden. Zwergstaaten, wie die Freie Stadt Danzig, haben in der heutigen Zeit eben keine Existenzberechtigung.

Siegmond Bosel^{*)}

Von Paul Ufermann

Auch im österreichischen Inflationsmeere schwammen einige Haifische, die mit Hilfe geschickter Börsenmanöver reiche Beute machen konnten. Gerade hier gab es in der Nachkriegszeit Aufstiegsmöglichkeiten in Hülle und Fülle. Mehr als je ist Wien die große Handels- und Geldmetropole Mittel- und Südosteuropas, wo starke international verästelte Kapitalgruppen domizilieren. Die Großbanken Wiens zählen zu den bedeutendsten des Kontinents. Zwei Männer waren es besonders, die aus der katastrophalen Deroute der österreichischen Krone immensen Nutzen zogen: Siegmund Bosel und Camillo Castiglioni.

Siegmond Bosel zählt nur wenig über dreißig Jahre. Als er seiner Heimat, dem öden Galizien, Valet sagte und auf dem Wiener Bahnhof landete, wird er kaum geahnt haben, daß er auf dem Boden dieser Weltstadt zu einem Krösus des Finanzkapitals emporwachsen sollte. Zuerst versuchte er sich als Handlungsgehilfe, er wandte sich dem ehrbaren Gewerbe des Konfektions- und Wäschehandels zu. So hantierte er vor noch nicht langer Zeit in einem kleinen Wäschehandel am Wiener Salzries. Heute trägt er den Titel Kommerzialrat und gilt als der reichste Mann Oesterreichs. Als er noch seine Elle schwang, war er einer unter den vielen, die namenlos durch das irdische Jammertal pilgern, heute ist er eines der wenigen Brenngläser, in deren Prisma sich die Strahlen internationaler Machtsphären brechen.

In der Zeit, als andere Untertanen Franz Josephs in Dreck und Schlamm den tödlichen Kugeln ausgesetzt waren, stand unser Bosel in der sicheren Kantine eines Kriegsgefangenenlagers, schenkte Bier aus und wog Marmelade ab. Die kleinen Nebengeschäfte, die er dabei machte, sollten den Grundstock zu seinem späteren Vermögen bilden. In der Kantine begann Bosels Weg zum Glück; es wurde ein grandioser Weg. Bald hatte er die Kantinen eines Bezirks unter sich, um kurze Zeit darauf Großlieferant sämtlicher Kantinen, hauptsächlich in Wäsche, Fußlappen, Rucksäcken usw. zu werden. Da er es verstand, in einer Zeit der Warenknappheit das Notwendige heranzuschaffen, gab es natürlich Geschäfte zu machen. Das Geld lag damals auch in Oesterreich buchstäblich auf der Straße, man brauchte sich nur zu bücken und es aufzuheben. Aber, man mußte Augen und Gelenke haben. Beides besaß Bosel. Als die österreichische Monarchie erschöpft und verarmt zusammenbrach, war er ein gemachter Mann.

Es gab naive Leute, die glaubten, daß, wenn der Frieden eingezogen, sei, es auch Oesterreich bald wieder besser gehen müsse. Anders Bosel, er und seine Kollegen spekulierten auf den Niedergang, sie standen am Brennpunkt der Reichtumsverschiebung, an der Börse, und schoben und spekulierten. Während die gemütlichen Wiener traurig bei einer Tasse Kaffee hockten und der guten Zeit gedachten, handelte Bosel Devisen gegen österreichische Kronen. Sein Geld legte er in Schweizer Franken an. Zwischendurch widmete er sich den Armeerrückständen: für ein Butterbrot schlug der Staat seine Werte los. Da gab es vielerlei aufzukaufen und gegen gutes Geld oder andere Sachwerte wieder zu verkaufen. Für Bosel regnete es Gewinne; so mußte er sich nach einem Instrument umsehen, sie zu bewegen und zu steigern. Welches Instrument eignet sich hierzu besser als eine Bank? So gründete er das Bankhaus S. Bosel in Wien, zu dessen Kundschaft heute die ersten Kreise Oesterreichs zählen. Damit hatte er eine wichtige Etappe zurückgelegt. Doch für unseren Siegmund gab es kein Ausruhen, er zielte nach einer gutfundierten

^{*)} Aus dem in Kürze im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheinenden Buch: Könige der Inflation.

Großbank; die Union-Bank schien ihm begehrenswert. Sie war eine der größten Wiens. Aktienpaket um Aktienpaket erwarb er von diesem Institut, die Kurse schnellten an der Börse in die Höhe. Doch er gab das Ringen nicht auf, bis er einen so großen Posten zusammen hatte, daß er seinen Gegenspieler Camillo Castiglioni, der im Bunde mit der Dresdner Bank, Berlin, der Böhmisches Unionbank, Prag, und der Ungarisch-Italienischen Bank die Union-Bank beherrschte, verdrängen konnte. Man muß bedenken, was das bedeutete. Die Union-Bank ist nicht nur eine der besten Wiens, sondern auch der Mittelpunkt mehrerer Industrierwerke in Oesterreich und den Nachfolgestaaten. Wir erwähnen nur: Veitscher Magnesit-Werke, Timber Holdinggesellschaft, Zürich, Schoeller Stahlwerke, Graz-Köflacher Eisenbahn u. a.

Erst auf dieser Basis war es Bosel möglich, zu dem ersehnten Ziele zu gelangen. Das in den beiden Bankhäusern zusammenströmende Kapital bot ihm die Mittel, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels vorzustößen. Eine gute Gelegenheit, in die Tschechoslowakei und in Polen einzudringen, bot sich in der Bekanntschaft mit dem tschechischen Kohlenmagnaten Fritz Weinmann in Aussig. Weinmann ist in der nordböhmischen Braunkohlenindustrie zu Hause. Ebenso kontrolliert er Braunkohlenwerke in Mitteldeutschland. Weinmann trat in den Verwaltungsrat der Union-Bank ein. Mit ihm gemeinsam unternahm Bosel den Vorstoß nach Polnisch-Oberschlesien. Dort hatte Weinmann bereits den günstigen Stand der Tschechenkrone ausgenützt, um sich in den Besitz von Aktien großer Industrierwerke zu setzen. Eines der größten Werke Oberschlesiens, die Vereinigte Königs- und Laurahütte, brachte das Syndikat Bosel-Weinmann in seinen Besitz. An diesem Werk war bereits französisches Kapital beteiligt, was nach verschiedenen Seiten vom Vorteil war. Um die Bismarckhütte und die Kattowitzer Bergbau-A.-G. entspann sich ein heißer Kampf mit Hugo Stinnes; der blieb Sieger.

Der Spaziergang nach Oberschlesien war für Bosel ein Schachzug mitten hinein in die lockendsten Perspektiven. Mit den maßgebenden Gebieten Polens fand sich Berührung. Da war vor allem Korfanty, früherer deutscher Reichstagsabgeordneter und rücksichtsloser Nationalist des neuen Polenstaates. Mit ihm traf sich Bosel in Marienbad und Wien, dort verabredeten sie Transaktionen auf weite Sicht und glänzende Geschäfte. Diese Unterhandlungen haben Bosel die polnischen Tore weit geöffnet. Er darf in Polen Zweigstellen der Union-Bank errichten, die in der Union-Bank, Warschau, eine Spitze erhalten sollen.

Mit der zweiten, noch weit umfangreicheren Transaktion des dreißigjährigen Bosel offenbart sich uns ein ganzer Rattenkönig von interessanten Zusammenhängen: Der Eroberungsfeldzug in das Gebiet der Petroleumindustrie. Die Union-Bank hatte schon früher Verbindungen mit den Petroleumquellen in Polen und Galizien. Diese wurden im Vorjahre gestärkt durch die Interessengemeinschaft mit dem französischen Petroleumkonzern, der „Société des Petroles de Dabrowa“. Vertreter dieser Gruppe traten in den Verwaltungsrat der Union-Bank ein, umgekehrt wurden solche von der Union-Bank in die Société de Dabrowa gewählt. Gleichzeitig fand eine Verbindung mit dem „Comité des Petroles française de Pologne“ statt, die als Spitzenorganisation sämtlicher in den letzten Jahren erworbenen Unternehmungen der polnisch-galizischen Erdölindustrie durch das französische Kapital gilt. Nun trat Bosel auch mit der Wiener Aktiengesellschaft Fanto in Verbindung, die ebenfalls an der galizischen Erdölindustrie stark interessiert ist. An der Fanto ist auch Schweizer Kapital beteiligt. Die „Mraznica“-Petroleumindustrie A.-G. kam ebenfalls unter die Kontrolle Bosels. Zwischen Bosel und dem amerikanischen Petroleumkönig Rockefeller wurden Verbindungen angeknüpft, die in Verhandlungen Bosels mit dem Vertrauensmann Rockefellers H. Kahn, dem Chef des

Haus Kuhn, Loeb & Co., New York, im Vorjahre eine Erweiterung erfahren haben dürften. Erwähnt darf noch werden, daß die Société de Dabrowa Mitglied des Konzerns der Internationalen Petroleum-Union in Zürich ist, an der auch deutsche, belgische und tschechische Gesellschaften beteiligt sind. Neuerdings auch solche von Uebersee.

Bosel errichtete im Oktober 1923 eine österreichische Schiffahrtsgesellschaft in Triest. Zwei Dampfer mit Dieselmotorenantrieb wurden in Auftrag gegeben. Damit hat Bosel für Oesterreich die erste überseeische Schiffahrtsgesellschaft neu ins Leben gerufen; bekanntlich waren alle früheren Schiffahrtsunternehmungen der Monarchie an Italien gefallen.

Die Macht der Presse wußte Bosel früh genug einzuschätzen; eifrig trachtete er danach, große Tageszeitungen ins Leben zu rufen. Die notwendigen Journalisten fanden sich. So entstanden in Wien folgende Blätter: „Die Börse“, „Die Stunde“, „Der Tag“. In Berlin erscheint in seinem Auftrage der „Montag Morgen“ unter der Leitung Stefan Großmanns.

Zwischen der Pariser Großbank Crédit Mobiliér und der Union-Bank fand ein gegenseitiger Aktienaustausch und eine entsprechende Vertretung in den beiden Aufsichtsräten statt. In Deutschland hat Bosel an einigen Industrierwerken Interesse gefunden. Die Mehrheit des Grundkapitals des Bankhauses Alfred Fester, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Düsseldorf-Berlin, ist im Besitze von Bosel.

Damit wollen wir diese Skizzierung der Machtkonsolidation Bosels schließen. Obwohl wir uns nicht einbilden, auch nur annähernd vollständig gewesen zu sein. Jedenfalls: eine glänzende Entwicklung vom Bierzapfer einer schmutzigen Soldatenkantine bis zum Finanzmagnaten von Ausmaß und internationalem Wirkungsgrad. Und das im Zeitraum weniger Jahre.

Als Mensch sticht Bosel vorteilhaft von vielen seines Schlages ab. Er war nie zugeknöpft, ja teilweise gab er mit vollen Händen. Als der österreichische Bundeskanzler Seipel einen Aufruf an die besitzenden Kreise ergehen ließ, die öffentlichen Einrichtungen der Kunst, Bildung und Wissenschaft zu unterstützen, verpflichtete sich Bosel, die Kosten der Lehrmittel der Wiener Universität zu bestreiten. Und als die Wiener Hammerbrotwerke, ein Arbeiterunternehmen, unter der Last eines holländischen Guldenkredits, der im Kriege aufgenommen war, zusammenzubrechen drohten, befreite er sie. Die Küche für den geistigen Mittelstand im Berliner Schloß entsprang in der Hauptsache seinen Spenden. Die Zeitungen Bosels vertreten im allgemeinen eine demokratische Politik.

Dänische Provinz

Von Alfons Fedor Cohn

Das Kopenhagener Feuilleton bleibt, solange ich zurückdenken kann, stereotyp. Tivoli, Langelinje, die guten Butterbrote, die jungen Mädchen auf dem Fahrrad, Küstenfahrt nach Klampenborg, der Tiergarten mit der Eremitage, blauer Himmel, blaues Wasser, Buchenwald und wieder gutes Essen. Der heitere Lebensgenuß von einer bei uns daheim unerreichbaren Qualität. Der Vertiefte oder Vertraute machte wohl auch einen Besuch bei Georg Brandes, sah eine Revue oder Bilder; aber damit war es auch Schluß, und daran hat sich seit zwanzig Jahren nichts geändert. Der Gesamteindruck bleibt doch, wenn man hinter alles das sehen gelernt hat, der einer großen Oberflächlichkeit und immer sichtbarer schwindenden

Eigenart. Der Ehrgeiz derjenigen, die als Produzenten oder Konsumenten die Physiognomie des öffentlichen Lebens formen, geht nicht nur darauf aus, Großstadt zu spielen, sondern leider Gottes auch andre Großstädte nachzuahmen. Die Sports- und Schneiderkreise tendieren nach London: das hat Berechtigung, es besteht eine gewisse Verwandtschaft dafür. Eine kleine Clique heuchelt Verbundenheit und Empfindung für Paris, politisierende, künstlerische, gesellschaftliche Einspänner; das ist immer Snobbismus und wirkt selbst bei der Mehrzahl der eigenen Landsleute lächerlich. Und schließlich hat man nun auch die übelsten Düfte des inflationistischen Berlin für die heimgekehrten und inzwischen stark abgebauten Valutaschweine eingefangen, und in diversen nächtlichen, sogenannten Tanzklubs wieder entfaltet.

Auf Reisen, in und außer Deutschland, wurde früher jeder Landsmann, der sich laut, taktlos und geizig auführte, als Berliner verschrien. Wenn heute in Skandinavien ein Tourist mindestens durch die beiden ersten Eigenschaften auffällt, kann man sicher sein, daß es ein Kopenhagener ist. Ich habe es zu eigenem Erstaunen feststellen müssen, in Norwegen auf Küstendampfern wie in den Hotels des Hochgebirges, in Schweden auf der Bahn und in den besten Restaurants. Das erstaunt deshalb, weil der Däne im öffentlichen Umgang gegen unsern Durchschnittston, der die Stärke vom Kasernenhof und die Ellenbogengesten von der Börse hatte, ungemein diskret, still und rücksichtsvoll wirkte. Aber im Grunde fühlt sich doch der Kopenhagener, er hat seinen eigenen Jargon, der sich nicht nur in bestimmten Schlagworten und Wendungen ausdrückt, sondern auch im Tempo, in der Mimik und der Gemütstemperatur. Er besitzt eine Schnoddrigkeit um ihrer selbst willen, die in nichts hinter der berlinischen zurücksteht, er nimmt im Grunde nichts ernst (weil er gar nicht bis auf den Grund sehen will oder kann), er grient über alles, und er besitzt letzten Endes auch eine große geschäftliche Rücksichtslosigkeit, die sich in umstürzenden Zeiten, wie denen der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur, bis ins Abenteuerliche verlieren kann.

Kopenhagen ist als Hauptstadt der richtige Wasserkopf des Landes, in seinem Weichbilde wohnt ein Fünftel aller Dänen. Aber trotzdem ist Kopenhagen nicht Dänemark. Das Land besitzt in den vier Fünfteln seiner Provinzbevölkerung einen Menschenschlag von vielfach anderem Habitus. Das geht nicht nur den Feuilletonisten, den Sittenschilderer an, sondern vor allem auch den, der die Beziehungen von Land zu Land zu beobachten und mitzubestimmen hat: den Politiker.

Der Tourist kennt unwillkürlich dies oder jenes von der dänischen Provinz. Dreißig Kilometer vor Kopenhagen, etwa Roskilde, 45 Kilometer nordwärts Helsingör. Dort laufen die Bahnen aus Süden und Westen zusammen, hier zweigt sich der Verkehr nach dem westlichen Schweden und Norwegen ab. Beide Orte gehören mit in das größere Kopenhagener Touristenprogramm: der Dom in Roskilde, Helsingör mit den unechten Hamlet-Erinnerungen. Man erwischt dabei wohl einen Winkel architektonischen Altertums; aber die Orte sind als Bahnknotenpunkte doch nicht abgeschlossene Provinz, am wenigstens Helsingör, über das der Sommerstrom der Kopenhagener nach den zahlreichen Amüsementbadeorten Nordseelands geht, und damit den ganzen Küstenstrich zu einer ungeheuren sommerlichen Vergnügungsvorstadt macht. Auch Fredericia, an der jütländischen Küste, westlich des Kleinen Belt, oder Esbjerg, der Hafen der Westküste, sind durch den Durchgangsverkehr beeinträchtigt. In Fredericia laufen jetzt die D-Züge mit Speise- und Schlafwagen nach Norden, Süden und Westen. Mit der Erinnerung an die Bequemlichkeit und Unreinlichkeit französischen Typs, die man aus der Vorkriegszeit von Dänemark bewahrt (und die jetzt in mehr balkanischer Färbung bei uns eingezogen ist), wirkt nun alles mit erstaunlicher Pünktlichkeit und

Propertät. Man hat das Gefühl, es ist jetzt eine Prestigesache für das infolge der Abtretung Nordschleswigs größere Jütland geworden, alles in Gang und schönen Schwung zu bringen. Von Esbjerg gehen die Englanddampfer mit ihren reichen Lasten von Schweinefleisch, Butter und Eiern, das ist Dänemarks wirtschaftliche Aorta, das eigentliche Ausfalltor in die große Welt.

Da ist schon mehr abgeschlossene Provinz in Odense und Aarhus, den Hauptstädten Fühnens und Jütlands, wenn auch beide stark industrialisiert und modernisiert. Aber man braucht nur nach einem Ort wie Hilleröd zu kommen, halben Weg landeinwärts zwischen Kopenhagen und Helsingör, um eine andre Luft zu atmen. Letzten Mittsommer Sonntag mit seiner Oktoberkälte, der in Kopenhagen selbst nichts Verlockenderes bot, als von einem Restaurant ins andre zu ziehen, fuhr ich nach Silkeborg in Jütland. Eine Nacht hin, die andre zurück, eine Reise von derselben Dauer wie nach Berlin, ebenfalls durch zweimaliges Umsteigen auf die Fähren unterbrochen. Und trotzdem lohnte es sich. Silkeborg ist eine richtige Koloniesiedlung, die sich um eine vor achtzig Jahren angelegte Papierfabrik gelagert hat, jetzt berühmt durch seine Heilanstalten und seine Ausbildungsinstitute für Lehrer. Auf dem Markt vor dem Haupthotel hielten gegen 20 Rutenautos, die strahlenförmig aus dem Hinterlande herankamen, eine Errungenschaft der letzten Jahre, ein Beweis, daß Abgeschlossenheit hier Eigenart, nicht Verkehrsfeindlichkeit bedeutet. Falsche Romantik klagt vielleicht hierüber ebenso wie über andre Kopenhagener Nachahmungen, die ich nicht bemerkt habe. In den Familien geht es jedenfalls weit einfacher, aber nicht weniger behaglich zu. Die Menschen sind gesetzter und doch ungezwungen, gründlicher und doch geistig bewegt. Man hält ja in der ganzen Provinz gegenüber der englischen Tischzeit Kopenhagens die Hauptmahlzeit um die Mitte des Tages, eine Flasche Bier zum Essen, vielleicht ein Glas Aquavit, der in Dänemark bedeutend teurer ist als bei uns (vor dem Kriege kostete die Flasche 72 Oere, jetzt gegen 10 Kronen), am Sonntag vielleicht ein Glas Südwein zum Nachtsch, keinen Likör zum Kaffee, ohne den die Kopenhagener Geselligkeit sterben würde. Nach Tisch — es wehte stark und der Himmel war regengrau — machten die jungen Leute das Motorboot fertig und steuerten zum großen Entsetzen der Hausmutter über die scharfen Wellen des Bras- und Julsees nach dem Himmelberg. Unterwegs kamen wir durch eine Segelregatta. Zweihundert Meter vor uns kenterte ein Boot beim Wenden, die beiden Insassen saßen im Nu rittlings auf dem Kiel, wir hielten darauf zu, inzwischen war schon ein andres Motorboot zu Hilfe gekommen und zog sie herein, der Segler trieb hilflos in der starken Strömung und wurde sicherlich am andern Morgen zerschlagen am Strande gefunden. Es war eine selbstverständliche frische Stimmung unter dieser Jugend, nichts von Sportidiotie, nichts von sonst üblicher provinzieller Wichtigtuerei, hier oder bei etwas anderem die ersten zu sein.

Der Himmelberg ist ein Wahrzeichen Dänemarks, einmal die einzige nennenswerte Bodenerhebung des Landes, ganze 150 Meter, man stapft durch Dünen sand hinauf auf die nadelwaldbestandene Höhe, das Ganze erinnert stark an die Müggelberge, bei gutem Wetter sieht man weit hinein ins Land, diesmal war der Horizont verhangen. Dann aber ist der Himmelberg die Stelle der großen modernen Volksversammlungen, wirklicher Zusammenkünfte des Volkes aus dem ganzen Lande. Hier steht ein Gedenkstein für St. St. Blicher, den zigeunernden Pfarrer und Sänger der jütländischen Heide, der die erste Volksversammlung vor etwa 90 Jahren hier abhielt. Es gibt eine Unmenge schlechter Bilder, die die Stelle, an jenem windigen, kalten Mittsommer tag nur von Ausflüglern belebt, als historischen Versammlungsplatz zeigt. Ich habe selbst etwas Derartiges unter ganz andern Umständen, nur wenige Meilen nördlicher im Lande, mitgemacht, im Juli 1914 auf dem Landsitz des Dichters Jeppe Aakjaer.

Das war in dem unmenschlichen heißen Sommer gewesen, in dem nicht nur die Nerven der sogenannten Staatenlenker rissen. Auf der Strecke nach Esbjerg war kurz vorher ein großes Bahnunglück passiert, weil sich die Schienen infolge der Hitze verworfen hatten. Jedermann auch dort oben, weit von dem europäischen Brandzentrum entfernt, hatte das nahende Unwetter im Blute. Aakjaer, selbst aus kleinen bäuerlichen Verhältnissen stammend, ist vielleicht der stärkste Lyriker der jütländischen Natur, dabei ein sozialer Kämpfer gegen jede Art geistiger und leiblicher Unfreiheit. Er hatte sich damals, nach fünfzehnjähriger Schriftstellerlaufbahn, nahe seiner Geburtsstätte den Hof kaufen können, den er Jenle (Einsam) nannte, und veranstaltete dort alljährlich als selbstbestallter Gaukönig ein ländliches Volksfest, dessen ernster und wichtigster Teil eine Reihe politischer Ansprachen bildete. Da waren zunächst die Anwohner, Bauern, Bürger, Arbeiter, Akademiker, da kamen aus den Nachbargemeinden übers Wasser die Leute aus dem Himmerland (Johannes V. Jensens Heimat), die Behörden aus der Stadt Skive, Politiker und Journalisten aus dem ganzen Lande und aus Kopenhagen. Statt des angekündigten radikalen Ministerpräsidenten sprach ein Parteifreund, dann ein Vertreter der Häusler in dem charakteristischen schwarzen Halskragen und Vorhemd des Landes und schließlich der Gastgeber selbst. Ich stellte damals im stillen einen Vergleich mit deutschen Verhältnissen an. Hätte etwa Gerhart Hauptmann auf einem seiner vielen Landsitze eine politische öffentliche Aussprache arrangieren können, zu der Behörden und Vertreter der Linksparteien nebeneinander erscheinen durften? Man konnte weder damals, noch kann man jetzt rückschauend einen Vorwurf erheben, es fehlte einfach die Tradition bei uns, das verpflichtende Bewußtsein des geistigen Menschen in der Tagespolitik seinen Mann zu stehen, und das selbstverständliche Recht jedes Volksgenossen, sich wo und wann er wollte, mit seinesgleichen zu öffentlicher Aussprache zusammenzufinden. Diese Tradition, die sich hier auf Jenle zeigte, ging ja nicht nur bis auf St. St. Blicher zurück, sondern wurzelte in der Geschichte eines freien Volks, und hat nichts mit dem teutonischen Maskeradentum bierkollernder Studienräte zu tun. Die Tradition war unbewußt und durchaus innerlich. Jedermann empfand sich, als Kind seiner Zeit, die Vorgänge und Veranstaltungen als etwas, was durchaus mit den Bedürfnissen des Tages in Verbindung stand. Gewiß war Festesstimmung dabei, Gesänge, der Versammlungsplatz geschmückt, auf einer großen Wiese, neben einer bewaldeten Anhöhe im Angesicht des weithinschimmernden Fjords, und dann die Gastlichkeit des Hauses für die engere Zunft der Geladenen aus allen Lebenskreisen, gab dem Wirt das Gepräge eines kleinen dänischen Björnson.

Spät in der Nacht fuhr mich der Arzt freundlicherweise auf seiner Jumbie in mein dörfliches Nachtquartier. Der Mord von Serajewo war eben geschehen, und es gab Frage und Antwort zu diesem Thema. Es hat jetzt wenig Sinn, an das zu erinnern, was damals richtig gedeutet und prophezeit wurde; manches hat sich erst in jüngster Zeit bestätigt. Aber der Untergrund der Verständigung war doch sofort ein gemeinsamer, hier fühlte man keine andern Grenzen als die, die sich gegen jeden barbarischen Unfrieden vorschoben. An der Westküste dieser Halbinsel gleichen Land und Leute denen in Friesland, die alten Fachwerkbauten im Norden, wie in Aalborg, waren dieselben wie tief hinein in Niedersachsen, und die Heide inmitten des Landes schuf die gleichen kargen Lebensbedingungen und genügsamen Kreaturen wie in unseren armen Landstrichen. Auch jetzt nach dem Kriege trifft man in der Provinz selten diese scharfe Parteinahme für oder wider das Ausland, mit dem viele Dänen gerade in den letzten Jahren persönlich in Berührung gekommen sind; man hat vielleicht mehr Muße nicht nur zum Mitgefühl, sondern auch für die Gedanken, daß nach diesem Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation kein Land der Erde für ewig vor harten Zeiten gesichert ist.

Was ist Kitsch?

Zu Georg Kaisers „Kolportage“

Von Arthur Eloesser

An einer großen Berliner Bühne wurde ein neues Stück mit etwas Verschämtheit und viel Hoffnung vorbereitet. Mit etwas Verschämtheit, weil die Stücke eines sehr erfolgreichen Autors sich von der Kritik als Reißer bezeichnen lassen mußten, mit viel Hoffnung, weil sie sich erfahrungsgemäß nicht unter hundert Aufführungen erschöpfen ließen. Die Darstellerin der Hauptrolle, die der liebe Gott mit einer schönen, warmen blonden Natur ausgezeichnet hat, zog den Dramaturgen des Theaters während einer Probe hinter die Kulissen: „Sagen Sie, Herr Doktor, ich habe gehört, daß das Stück auch wieder Kitsch sein soll. Ist das wahr?“ — Der Dramaturg, der in einem früheren Leben als Kritiker schon manchen Reißer verrissen hatte, antwortete nicht ohne milden Vorwurf: Liebes Kind, was geht Sie das an? Sie geben ein unglückliches Mädchen, Sie geben Liebe, Scham, Mutterschmerz, Verzweiflung, genau wie Gretchen, genau wie Rose Bernd. Spielen Sie unbekümmert aus Ihrer weiblichen Empfindung, ganz gleich, wer Ihnen das Stichwort der Leidenschaft bringt. Wenn Sie nur den Kitsch nicht kitschig spielen.

Bei einer späteren Probe zog der Autor den Dramaturgen hinter die Kulisse: Glauben Sie, Herr Doktor, daß die Kritik mein Stück wieder als Kitsch heruntermachen wird? Darauf der Dramaturg nach Ueberwindung seines Zartgefühls: Lieber Herr, — nennen wir ihn Müller, darauf werden Sie sich vorbereiten müssen. — Aber ich habe doch nichts geschrieben, was im Leben nicht vorkommen kann, glaube ich. Und nichts aus Berechnung, alles aus dem Herzen. — Glaube ich auch. — Also woran liegt es? Was läßt sich da machen? — Es läßt sich etwas machen. Wollen Sie mir Ihr Stück zur Umarbeitung überlassen? — Um Gottes willen! — Oh, es soll keine Szene geändert, auch kein Wort hinzugesetzt werden. Ich will nur wegnehmen, von jedem Satz ein Stückchen, oh, ein entbehrliches Stückchen abbrechen. Sehen Sie, Sie schreiben zu klar. Ihre Personen sagen genau, was sie denken und fühlen. Treten Sie mir dreißig Prozent Ihres Dialogs ab, wir brauchen Schatten, Dunkelhaftes, Unbestimmtes, schwebend Gefühlsmäßiges, namentlich statt Ihrer allzu runden Satzschlüsse. Wir ziehen einen Seelenschacht unter Ihrer Tagesklarheit, geheimnisvollen Raum für Unterirdisches, Wurzelhaftes, Elementares, Unaussprechliches. Wir mogeln Tiefe. — Mogeln?! Herr Doktor, aber das geht doch nicht. — Nein, sagte der Dramaturg, es geht wirklich nicht; die Schauspieler haben ja ihre Rollen schon gelernt. Das Stück blieb also Kitsch, wurde verrissen und in Deutschland viele Tausende Male gegeben, bevor es als Film um die Welt ging.

Was ist Kitsch? Zunächst macht ihn die Sprache, die nie aus Worten allein besteht, wenigstens nicht aus Worten, die keinen Schatten werfen, die begrifflich, sachlich denken, wie hoch sie auch traben mögen, die keinen Leib haben, die von keiner Melodie geführt werden, die nicht schwanger sind von allen vorhergehenden Momenten, nicht trüchtig von den kommenden. . . Das Ach der Alkmene in Kleists Amphitryon ist ungeheuer, bannt einen Gefühlskomplex, den unser Freund Müller mit zehn blanken Sätzen entwirren und vernichten würde. Also die Sprache ist es, der Geistleib des Dichters, das einzige Mittel seiner magischen Kraftübertragung. Dem einen wird sie leicht, dem andern schwer; man denke an Flauberts Qualen, an Balzacs kostspielige Korrekturen. Es ist nicht so, daß der Kitschmacher als Kenner des Publikums mit arglistigerer,

kälterer Berechnung vorgeht als der Künstler, der im Gegenteil das, was ihm die Phantasie zuträgt, mit viel mehr Mißtrauen ansieht, modelt oder zurückweist. Gerade die Persönlichkeit braucht manchmal viel mehr Mühe und Umwege, um sich zu finden, viel mehr bewußte Arbeit, um sich im Stil zu repräsentieren.

Müller hat viel mehr Schwung, viel mehr Glauben an seine Sache; mit hohem Kopfsprung, seligen Schwindels wirft er sich in das Wasser seiner Erfindung. Müller hat viel mehr Vertrauen zu seinem Stoff, und es ist auch nicht wahr, daß seine Erfindung sich der möglichen Erfahrung, um mit Kant zu reden, zugunsten des vorgenommenen Effektes widersetzt. Wie ist es überhaupt mit der Erfahrung, mit dem Leben? Wir wissen, daß gerade die großen Dramatiker sich die erste Erfindung gern schenkten, daß sie gern halbfertige Fabrikate weiter bearbeiteten. Ob die Gestaltung des Stoffes dann aus ihren Augen sehen würde, darüber machten sie sich keine Sorge. Ist das Leben überhaupt eine taugliche Bürgerschaft? Mit einigen sehr gescheiterten Leuten habe ich einmal, um uns die Langeweile eines wissenschaftlichen Kongresses zu erleichtern, eine große Dummheit gemacht. Wir erzählten uns jeder unter tiefster Diskretion und ohne Namensnennung, aber mit feierlicher Verpflichtung auf unveränderte, unverschönerte Wiedergabe das merkwürdigste Abenteuer unseres Lebens. Da kam ein Kitsch heraus, den auch kein Müller zu erfinden gewagt hätte, und wenn wir uns nicht für Ehrenmänner hielten, mußten wir annehmen, daß wir uns auf die geschmackloseste Weise gegenseitig beschwindelt hatten. Die Stimmung nach den „wahren“ Geschichten war katzenjämmerlich; wir hätten uns lieber belügen sollen. Kitsch ist nicht immer gegen Leben, gegen Erfahrung gerichtet, wenigstens nicht im Möglichen, im Einzelnen, im Tatsächlichen, also im Zufälligen. Das Leben erfindet so unwahrscheinliche, so blöde Abenteuer, daß man manche seiner Kolportagen aus Rücksicht auf seinen guten Namen einfach verschweigen müßte. —

Karin Bratt hat sich von dem Grafen Stjernenhö scheiden lassen, der es auf ihre Millionen abgesehen hatte und auch sonst ein Lump ist. Da der Mann ihrem Söhnchen, dem Universalerben des bürgerlichen Großvaters, nachstellt, kauft sie einer Landstreicherin gegen eine jährliche Rente ihren Jungen ab und läßt diesen aus dem Kinderwagen mit der Grafenkrone stehlen, während sie sich mit dem echten Erben und einem gefälligen reichen Onkel nach Kansas davonmacht. An dem berühmten einundzwanzigsten Geburtstag, der das Erbe fällig macht, trifft sich die ganze Gesellschaft auf dem hochfeudalen Schlosse Stjernenhö zur großen Szene der Abrechnung, der Vergeltung, der Gerechtigkeit. Zwei junge Grafen sorgen für sensationelle und groteske Verwirrung: der eine, der echte, ist ein Cowboy geworden trotz sagenhaften Reichtums, der unechte, der Sohn der Landstreicherin, zu einem vollendeten Aristokraten. Blut war weniger dick als Erziehung. Aber die beiden einigen sich auf Edelmüt. Der eine wirft mit den nötigen Dollarschecks um sich, der andere wirft sich an die Brust seiner echten Mutter, der früheren Landstreicherin, und seine Braut, die Baronesse, auch zum allgemeinen Menschentum bekehrt, wirft sich zugleich in seine Arme, des plötzlichen Proletariers, wie in die der braven Madame Appeblom, die die Rente von einundzwanzig Jahren für den Sohn gespart hat. Nur der Graf, der seinen vermeintlichen Sprößling durch einundzwanzig Jahre bestohlen hat, bleibt beschämt zurück in seinem hochfeudalen Adelsschloß, mit seinen Lakaien, mit seinen Ahnenbildern, mit seiner hochgräflichen Tante, die das letzte Wort hat: In jedem Grafen steckt doch wohl ein Proletarier und in jedem Proletarier ein Graf — aber in diesen modernen Bolschewismus kann ich mich nicht mehr hineinfinden. Das klingt sehr viel komischer als hier gedruckt, besonders da Ilka Grüning den letzten Satz

hatte, die wie der Alte Fritz aussah und auch sonst die Krone der Ausführung trug.

Das Stück erschwärmt die Welt der Courths-Mahler, soviel der Film ihrer Literatur noch übrig gelassen hat; es ist aber von Georg Kaiser gezeichnet, dem ein ungemein amüsanter Kunststücken angerechnet werden muß. Die Handlung vollzieht sich mit unerbittlichem Ernst unter den ehernen Gesetzen der Banalität, der Konvention, der Sensation, und sie ist jeden Augenblick lustig durch die innere Ironie, die keines indiskreten Fingerzeigs zur Verständigung des Publikums bedarf. Das Kunststück gelingt Kaiser vor allem durch die Führung des Dialogs; die Leute reden, wie unser Freund Müller sie reden ließe, in blanken, durchsichtigen, vollständigen Sätzen, die eben nichts übrig lassen. Georg Kaiser hat ein fast gefährliches Sprachtalent. In einem Jugendstück schrieb er Sätze von solcher Getriebenheit und Marmorfestigkeit, als ob Rodin sie gehämmert hätte, und später hat er die telegraphische Kurzschrift von Carl Sternheim mit einer noch stärkeren elektrischen Spannung überwunden. Georg Kaiser scheint immer jemand zu imitieren, auch wenn das Original noch gar nicht existieren sollte; er ist der dramatische Proteus, nur Talent, gar nicht Charakter, an keine Vorleistung gebunden, ein ingenieuser Kerl, ein Ingenieur der Bretterwelt, der jedesmal nach einer andern Formel konstruiert. Der arme Carl Sternheim hat nur ein einziges Patent angemeldet, das sich nicht mehr zu rentieren scheint. Georg Kaiser wird sich selbst immer wieder überbieten oder wenigstens durch den andern, der in ihm steckt, immer wieder überbieten lassen.

Dieser andere folgt einer Neigung zum Kitsch. Auch seine sozialen Stücke, wie „Gas“ oder „Koralle“, führten eine Menge Kolportage. Und welcher Dramatiker hat sie nicht gehabt, außer Goethe, der eben kein Dramatiker war. Aber Shakespeare, schon weil er sein Publikum unterhalten mußte, hatte diesen Mut, den die Heutigen, außer dem klugen Shaw, nicht mehr aufbringen. Die Raffinierten werden wieder naiv, und wenn sie die Courths-Mahler zu ihrer Verjüngung und neuen Erziehung brauchen. Georg Kaiser kitzelt das kluge Berliner Publikum, und die andern werden auch nicht dümmer sein wollen, zugleich an Gemüt und Geist: jeder darf sich der ewigen Schönheit des Kitsches hingeben und zugleich über seine Hingebung lächeln. Der Klügste darf sogar nachdenklich werden, nicht zuletzt über das Leben selbst, das genau so blöde handeln und genau so dumm nach der poetischen Gerechtigkeit entscheiden kann. Wer sich zu schade ist, um vor einem Sensations-Großfilm staunend das Maul aufzureißen, geht ins Lessing-Theater, prustet vor Lachen und beschwichtigt sich mit einem wissenden Lächeln. Ist solches Doppelspiel erlaubt, ist es legitim, ist es loyal? Eigentlich nicht; aber es könnte sich durch einen großen erzieherischen Wert rechtfertigen. Bildung ist wiedergewonnene Naivität, hat ein kluger Mann gesagt. Unsere Literaten sind trotz scheußlichster Anstrengungen im komischen Fach ihre Bildung nicht losgeworden. Unsere Bühnenschriftsteller sollen wieder den Mut zur Erfindung bekommen, und wenn er von der tapferen Courths-Mahler zu holen ist.

Georg Kaiser konnte sich mit der so andern nur vertragen, weil er den andern schon in sich hat. Der hat ihm und uns geholfen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Der Kampf um den Kapitalmarkt

Die Kapitalnot liegt wie ein lähmender Alp auf der vorwärtstrebenden Wirtschaft. Der geringen Menge freiwerdender Gelder steht ein ungeheurer Bedarf gegenüber. Vor dem Kriege betrug der Zahlungsmittelumlauf rund 55 Milliarden. Ein sparsames Volk, wie das deutsche, legte jedes Jahr so viel zurück, daß aus diesem Reservoir die Wirtschaft mit kurzfristigen Anlagen versorgt werden konnte. Hinzu kamen als Kapitalsammelbecken die Versicherungen und noch manches andere, was die Wirtschaft in den Stand setzte, jederzeit Geldmittel für produktive Anlagen zur Verfügung zu haben. Nach einer durchschnittlichen Berechnung stand als produktives Kapital vor dem Kriege zur kurzfristigen Anlage geeignet eine Summe von 10 bis 12 Milliarden zur Verfügung. Heute ist nicht einmal der dritte Teil vorhanden. Die natürlichen Kanäle, aus denen früher das Geld zu kurzfristigen Anlagen floß, sind verschüttet. Der Kampf um die geringe Menge freiwerdender Gelder treibt manchmal sonderbare Blüten. Die kapitalsuchende Industrie sucht nach jedem Ausweg, um zu Geld zu gelangen. Dies lehrt ein Blick auf den Inseratenteil der großen Zeitungen, wo bei allerersten Sicherungen Zinsen bis zu 25 Proz. geboten werden.

Mit allen Mitteln sucht man dieses Problems Herr zu werden. Die Golddiskontbank soll alsbald in Tätigkeit treten. Ein geordneter Weg zur Verwendung von Auslandskapital wird dadurch geebnet sein. Die deutsche Industrie ist schon heute auf den ausländischen Kapitalmärkten kapitalsuchend vertreten und bietet dort alles auf, um zu flüsigem Betriebskapital zu gelangen. Nicht zu verwundern ist es deshalb, wenn ausländisches Kapital in zunehmendem Maße in alle Industrien eindringt. So sehr es zu begrüßen ist, daß unsere Wirtschaft im Gang bleibt, so liegt doch in dieser übermäßigen Beanspruchung des ausländischen Kapitalmarktes eine sehr große Gefahr. Noch ist es nicht sicher, was nach vollständiger Liquidation der Reparationskrise an Verfügungsgewalt über die eigene Volkswirtschaft bleibt. Da ist es doppelt bedauerlich, wenn eine Unmenge privater Verpflichtungen an das Ausland nebenherlaufen.

Es ist Zeit, sich zu fragen, ob bei uns alles geschehen ist, den Kapitalmarkt neu zu beleben. Und da sind leider verschiedene Hindernisse und Mängel festzustellen. Man halte sich einmal die Verhältnisse in Friedenszeiten vor Augen. Die Banken sogen wie große Saugpumpen das freigewordene Geld in Form von Depositen-Einlagen an. Von dem Zeitpunkt an, wo die deutschen Banken das in England längst zu hoher Blüte gelangte Depositen-System zur Einführung brachten, begannen sie zu tatsächlichen Machtfaktoren der Wirtschaft zu werden. Die günstigen Resultate dieses Systems machten rasch Schule, und jede Bank von Rang und Ruf wetteiferte darin, flüssige Mittel auf dem Wege der Depositen-Einlagen zu bekommen. Die in Berlin an allen Ecken und Enden sich befindenden Depositenkassen der Großbanken beweisen, ein wie großer Wert darauf gelegt wurde, kurzfristige Mittel aufzusaugen. In allen Teilen kam man der Kundschaft seitens der Banken entgegen und keinem Geschäftsmann fiel es ein, sein Geld in die Schublade zu legen. Nur auf diese Weise war es möglich, in den Banken Geldsammelbecken entstehen zu lassen, die das gesamte brachliegende Kapital an sich zogen.

Wie liegen demgegenüber die Dinge heute? Der Depositenstand erreicht kaum den zehnten Teil der Vorkriegszeit. Das Verhältnis der Bankkundschaft zur Bank ist längst nicht mehr so innig wie früher. Hier rächen sich die Maßnahmen der Inflationszeit, während der die

Banken die Kleinkundschaft als lästiges Anhängsel empfanden. Man teilte ihr vielfach kurzerhand mit, daß es sich nicht lohne, so geringe Konten durch die Bücher zu schleppen, und der Rest des Guthabens zur Verfügung stehe. Von der Behandlung an den Bankschaltern ganz zu schweigen. Die Banken fühlten sich so als Herren der Lage, daß sie glaubten, auf solche Kleinigkeiten keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Auch heute erscheinen uns die Bemühungen der Bankhäuser gering, um die Kleinkundschaft zu sich heranzuziehen. Jedenfalls wirkt ein Zinssatz von 6 Proz. für tägliches Geld nicht als Anreiz, wenn die Banken für die von ihnen ausgeliehenen Gelder das Doppelte und Dreifache als Zinsen verlangen. Solange die Banken von sich aus diese außerordentliche Spanne zwischen Kredit- und Debetzinsen nicht verringern, wird der Devisenzustrom sich in geringen Grenzen bewegen. Was beispielsweise in Oesterreich möglich ist, wo das Doppelte an Zinsen von den Banken geboten wird, sollte auch bei uns nicht schwer sein.

Allerdings könnte durch Hinaufsetzung der Depositenzinsen die Kapitalnot nicht restlos beseitigt werden; dazu ist die deutsche Volkswirtschaft zu arm geworden. Aber wir glauben, daß die Banken einen größeren Zustrom von kurzfristigen Einlagen zu verzeichnen hätten, wenn sie ihrer Kundschaft entgegenkommen würden. Die deutsche Wirtschaft wird gedrosselt durch eine beispiellose Kapitalnot. Mögen die berufensten Organe der Kapitalbeschaffung nichts unversucht lassen, den heimischen Kapitalmarkt zu organisieren, auch wenn die Profitchancen darunter leiden sollten.

Der Tiefstand der Aktienkurse

Zweifellos findet eine langsame Gesundung der Wirtschaft statt. Allenthalben hebt sich die Produktion. In zunehmendem Maße werden die brachliegenden Arbeitskräfte von den Produktionsbetrieben absorbiert. Die Preise beginnen, wenn auch langsam, einem normalen Zustand zuzustreben. Es scheint also, daß mit einem einigermaßen erträglichen Verhältnis alsbald gerechnet werden kann.

In dieser Phase einer stetig fortschreitenden Gesundung ist ein Symptom eigentümlich: der Tiefstand der Aktienkurse. Bekanntlich gab es eine Zeit, wo jeder, der über einige Geldmittel verfügte, glaubte in Aktien spekulieren zu müssen. Wenn auch dieser Zustand längst überwunden ist, so sind Aktienpapiere doch immer noch in Kreisen zu finden, die früher nicht zu glücklichen Aktionären zu rechnen waren. Doch der Wert der Aktien schrumpft trotz Belebung der Wirtschaft zusammen. Je mehr der Zeitpunkt der Zusammenlegung des Aktienkapitals heranrückt, je mehr werden sich die derzeitigen Aktionäre bewußt, welchen geringen Wert ihre Papiere besitzen.

Bei stark mit Wasser durchsetzten Aktiengesellschaften wäre dieser Tiefstand der Kurse ohne weiteres begreiflich, denn sie werden teilweise angeboten wie saures Bier. Aber nicht verständlich ist die Kursentwicklung bei den sogenannten Standardpapieren. So notierten, um hier einige Beispiele zu erwähnen:

	2. Januar	28. März
Harpener Bergbau	84	70
Gelsenkirchen	72	57
Deutsch-Luxemburg	66	47
Köln-Rottweil	12	8
Ludwig Loewe	68	47
AEG	14	11

Diese wenigen Beispiele der besten Papiere an der Berliner Börse zeigen, daß selbst gegenüber den geringen Kursen vom Januar noch

eine Reduktion erfolgen konnte. Und dies bei Aktien, die fast gar nicht oder nur gering verwässert sind. Man betrachte die Verfassung der heutigen Großindustrie: die Obligationen, Hypotheken usw. konnten für ein Butterbrot abgestoßen werden, in den Produktionswerkstätten wurden, um das in Massen zur Verfügung stehende Kapital anzuwenden, große Summen investiert, riesige Anlagen stehen mit ein paar Mark zu Buch. Und trotz alledem so niedrige Kurse! Wenn auch die Zusammenlegung des Aktienkapitals noch manche Ueberraschung bringen kann, so liegt doch kein Grund vor, sich der Aktien gutludierter Industriegesellschaften zu entledigen. An den Börsen waren im Monat März starke Kräfte bemüht, die Baisseentwicklung weit über das natürliche Maß hinauszutreiben. In vielen Fällen geschah dies nicht ohne Absicht. Man drückt die Kurse, um die in schwachen Händen befindlichen Aktien aufzusaugen. Der außergewöhnliche Tiefstand der Aktienkurse ist keineswegs eine Begleiterscheinung des Substanzschwundes oder der bevorstehenden Zusammenlegungen. Deshalb ist jedem Aktienbesitzer dringend zu raten, seine Papiere zu behalten. Kopflose Verkäufe des Publikums vergrößern die Deroute und helfen jenen, die auf der Lauer liegen, große Aktienpakete zwecks Einflußnahme zu erwerben.

Dr. Wilhelm Beumer

Ein Führer des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, Dr. Dr.-Ing. h. c. Wilhelm Beumer, trat mit dem 1. April in den Ruhestand. Mit ihm tritt ein Mann von der Bühne der öffentlichen Wirksamkeit, dessen Person und öffentliches Auftreten für die schwere Industrie Westdeutschlands typisch war. Beumer war beinahe 40 Jahre geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ und des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen“. Er wurde am 3. August 1848 zu Olighofen bei Wesel als Sohn eines Lehrers geboren. Schon früh trat er in Berührung mit der Großindustrie des Ruhrgebiets, was zur Folge hatte, daß er 1887 als Nachfolger Buecks der wirtschaftlichen Industrievereine und zum Schriftleiter der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ berufen wurde. In diesen Stellungen blieb er bis zu seinem Rücktritt.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus gehörte Beumer mit geringen Unterbrechungen bis zum Umsturz an. Im Reichstag vertrat er den Duisburger Wahlkreis von 1901 bis 1907. Er gehörte der Nationalliberalen Partei an. Die Schwerindustrie hat wohl selten einen so gewandten und vielseitigen Verfechter ihrer Interessen im Reichstag gehabt, wie Beumer. Er trat besonders für den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ ein, und in den hochgehenden Wogen der Reichstagsdebatten des Jahres 1902, wo neben den Agrarzöllen um hohe Schutzzölle für Eisen- und Industriewaren gekämpft wurde, da stand er an erster Stelle. In sozialpolitischen Fragen vertrat er rücksichtslos den Standpunkt der rheinisch-westfälischen Industrie, der sog. Schlotbarone. Aeltere Leser werden sich noch der heftigen Kontroversen erinnern, die zwischen Beumer einerseits und dem Berg- und Hüttenarbeiterführer Hué andererseits im Parlament ausgetragen wurden.

Gleich Emil Kirdorf, dem Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, war Beumer ein glühender Verehrer Bismarcks und solange er zu atmen vermag, wird er es Wilhelm II. nicht verzeihen, daß dieser Bismarck aus dem Staatsdienst verdrängte. Es ist selbstverständlich, daß Beumer und Genossen die Umwälzung nach dem Kriege nur mit dem größten Widerwillen ertrugen. Die während der Ministerschaft Robert Schmidts und seines Staatssekretärs Hirsch geschaffenen paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungskörper, wie den Reichskohlenrat, den

Eisenwirtschaftsbund usw. ließen sie nur widerwillig und dem Zwange gehorchend über sich ergehen, und setzten dem Gelingen solcher Einrichtungen den offenen und geheimen Widerstand entgegen. „Stahl und Eisen“ heißt die Zeitschrift, die Beumer leitete, Blut und Eisen war die Parole Bismarcks, beides vereint ergibt das Programm, für das Beumer 40 Jahre zu wirken berufen war. Im deutschen Imperialismus unseligen Angedenkens fand es seinen prägnanten Ausdruck. Nun scheidet er von hinnen und andere setzen das Werk in seinem Geiste fort.

RANDBEMERKUNGEN

Völkische Devisen

Im Prozeß gegen Hitler, Ludendorff u. Gen. sind merkwürdigerweise die Geldquellen des Unternehmens, die allen Anzeichen nach doch recht reichlich geflossen sein müssen, überhaupt nicht erörtert worden. Ludendorffs Stiefsohn hatte allerdings die Münchener Notendrucker von Parcus und Mühlthaler um viele Kilo Papiermark beraubt. Aber von Anfang an waren die geschäftstüchtigen Geister auf ihrem Wege zur Walhalla doch darauf hinaus, Devisen zu ergattern. Der mitangeklagte Oberstleutnant Kriebel ließ am Putschtag den Münchener Hauptbahnhof besetzen, um angeblich den flüchtenden Juden die Devisen abzunehmen, was mangels der erwünschten Flüchtlinge zu keinem Ergebnis führte. Ferner haben Nürnberger Industrielle 20 000 Dollars für die Putschisten geopfert. Und aus dem Etat des „Deutschen Kampfbundes“, den der „Bayerische Kurier“ jetzt veröffentlicht, geht hervor, daß sowohl der Oberleutnant Kriebel wie die übrigen militärischen Führer sich ihr Gehalt haben in Franken zahlen lassen. Eine Zentrumskorrespondenz vermutet in einem boshaften Kommentar angesichts des Patriotismus der Herren dahinter Schweizer, nicht französische Franken. Aber in Wirklichkeit schreckten die Herren gar nicht davor zurück, auch das ehemals feindliche Ausland für ihre Landsknechtsstreiche gegen die eigenen Volksgenossen auf das schamloseste anzuschnorren. Hitlers Fühler in

dieser Richtung gingen bekanntlich zu Henry Ford.

Außerdem reisten Dietrich Eckert und der ehemalige Hauptmann Goering, der bei der Feldherrnhalle am 9. Nov. mitmachte, als Hitlers Vertrauensmann nach Schweden, um dortige konservative und militaristische Kreise, die man durch Lindströms Blaue-Brillen-Flucht noch nicht für ausreichend belehrt zu halten schien, um stramme Spenden anzugehen. Aber hier holten sich beide eine Absage, da man ihnen das Aussichtslose der ganzen Bewegung vorrechnete. Derselbe Goering, der während des Krieges in der Jagdstaffel Richtofen Dienst getan haben soll, kam nach dem Kriege in eine der nordischen Hauptstädte, wobei er neben Erwähnung seiner Fliegertriumphe bei den weiblichen Besuchern eines großen Berliner Hotels auch durchblicken ließ, daß er für die Leitung einer der dortigen Gesandtschaften ausersehen sei. Daneben erwog er das Angebot eines Wanderzirkus dort oben, bei dessen Schaustellungen in der Provinz Schauflüge auszuführen. Das überwältigende Bild eines großmäuligen Narren. Aber die feine Nase für die Auslandsdevisen ist ihnen allen geblieben, diesen Erneuern Deutschlands. *Prokurator.*

Götzendämmerung

Eine gewisse bayerische Kleinpresse, die sich bisher redlich mit Gehetze und Geschimpfe auf Juden, Jesuiten und Marxisten ernährt

hat, schlägt seit dem Hitler-Prozeß neue Töne gegen bisherige bayerische Nationalhelden an. So schreibt der „Miesbacher Anzeiger“:

„Lossow und Seißer haben ein neues großes Verdienst erworben. Sie haben mit dem Gerichtssaalterror und mit dem verlogenen pharisäerhaften Gewissenszwang, der aus den Fenstern des Gerichtssaales über Land und Leute ausströmte, aufgeräumt. Sie haben diese widerliche Selbstbewehräucherung, die aus der preußischen Penetranz erzeugt wird, richtig gekennzeichnet und sie haben gezeigt, daß es nicht das Merkmal von vaterländischer Gesinnung ist, die politischen Dummheiten eines Generals als gottgewollte Fügungen hinzunehmen.“
Das ist deutlich!

Deutlicher noch „Das bayerische Vaterland“, das vor einem halben Jahrhundert von dem berühmten Dr. Sigl, dem klassischen Juden- und Preußenfresser, gegründet wurde und das jetzt eine neue Blüte seiner alten Grundsätze erlebt:

„Aus dem Gericht ist ein politischer Untersuchungsausschuß geworden in der Art wie jener der Herren Cohn in Berlin und in Leipzig, nur daß keine Juden da draußen sind. Einen hämischeren Charakter könnte er nicht haben; nur daß jüdische Anwälte — dessen sind wir sicher — mehr Witz und Verstand aufgebracht hätten, als die um Kohl.“

Hitler hat Lossow in die Flucht geschlagen. So steht in der völkischen Presse. Hitler kann tun und lassen, was er will. Hitler kann Ehrenwörter geben und zurücknehmen, Hitler kann schreien und kann still sein, Hitler kann brutal oder sentimental sein, Hitler kann alles, alles tun. Er ist immer der Held, und die andern sind die Lumpen und die Deppen. So schreiben's pflichtschuldigst die völkischen Zeitungen, und wer's nicht

nachschreibt, dem wird eine Handgranate auf den Schädel gehauen!“
Armer Ludendorff, pauvre Hitler: den Narren flicht' die Nachwelt keine Kränze. *Stichler.*

Das Weimarer Bauhaus

In der Geschichte des modernen Kunstgewerbes, der modernen Baukunst, der Kultur des modernen Auges wird der Großherzog von Hessen, Ernst Ludwig, für alle Zeiten einen ehrvollen Namen behalten. Darmstadt und die Künstler, die dort Gelegenheit zum Schaffen bekamen, Behrens, Olbrich und die andern, bleiben unvergessen. Weder der Großherzog noch die Ordnung seines Landes haben durch das Werk der Mathildenhöhe Schaden genommen. Wohl aber waren die Blicke aller, die der Auffassung sind, daß die Energie eines Zeitalters sich in architektonischer Form entladen muß, auf Darmstadt gerichtet.

In Weimar hat dann später wiederum ein Großherzog dem Meister der intensiven Linie, Henry van de Velde, der obendrein ein Belgier war, Wirkungskreis gegeben.

Diese beiden Erinnerungen seien der neuen thüringischen Regierung gewidmet, damit sie erfahre, daß moderne Kunst, daß Zeitempfinden optisch zu fixieren, nicht unter allen

✻

Vossische

Zeitung mit ihrem

Weltdienst

monatlich 5.00 durch die Post

•M.K.

✻

Umständen bürgermordender Bolschewismus sein muß. Die neuen Thüringer Herren wollen das Weimarer Bauhaus schließen; sie wittern in dieser Künstlerkolonie irgendeinen Ludergeruch. Jene Großherzöge dürften weniger empfindlich gewesen sein.

Man braucht mit dem, was die Bauhäusler treiben, nicht durchaus einverstanden zu sein. Die Ausfegung von Müllkästen, die man dort als stilbildendes Element pflegt, ist zum mindesten seltsam. Als zur Werkbund-Tagung hierüber und über mancherlei anderes, was Gropius und seine Freunde tun, und (was noch bedenklicher ist) philosophieren, diskutiert wurde, habe ich, Obrist zur Seite, das Notwendige gegen solche Experimente gesagt. Gerade darum ist es Pflicht, heute, da engstirnige Bürokratie mit plumper Griff theoretische Versteiegenheit ebenso wie romantischen Wildwuchs uns hoffnungsvolles Keimen vernichten will, vor solcher Philisterei, vor solcher Vergeudung zu warnen.

Man kann künstlerische Erfolge nicht nach der Elle messen. Und selbst, wenn das Bauhaus bis heute das geringste aufzuweisen hätte, könnte doch niemand das gehobene Streben und den Instinkt für die Reinheit der Form bei den neuen Weimarer Männern, bei Gropius, bei Feininger, bei Kadinski und bei

Klee verneinen. Die Großherzöge von Hessen und Sachsen hätten mehr Respekt vor solcher Phalanx bewiesen, als die Thüringische Bürgerrepublik zu haben scheint.

Aber, vielleicht ist es gerade das Republikanische, woran die Thüringer Republikaner sich stoßen. Denn, das ist zuzugeben: die Bauhäusler glauben weder an Begas noch an den zweiten Wilhelm. Man versteht. Indessen, wenn man bedenkt, daß auf allen Universitäten des Reichs die Monarchie rastlos von den Professoren der Geschichte, der Literatur, der Tierarznei und der Rübenzucht gefördert wird, darf wohl ein Auge zugeedrückt werden, wenn in der Stadt Goethes zwei, drei Dutzend begabte Jünglinge und Jungfräulein in Werkstatt und Atelier, beim Farbenreiben und Tonkneten, beim Sticken und Häkeln republikanisch plaudern.

Das Weimarer Bauhaus darf nicht geschlossen werden. Es wäre gewiß kein Ruhm für Deutschland, wenn im Gegensatz zum Kaiserreich das dem Belgier van de Velde neue Heimat gab, die Republik deutsche Künstler etwa in die Tschechoslowakei oder nach Sowjetrußland vertreiben würde. Wer aber dürfte sich wundern, wenn die Explosionen von Weimar, vor der Perfidie der Nachtmütze flüchteten?

Robert Breuer.

An unsere Leser!

Die „Glocke“ erscheint heute, zu Beginn ihres zehnten Jahrganges, im neuen Gewande und in um vier Seiten vermehrtem Umfang. Verlag und Redaktion erkennen dankbar, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden, denn in jeder Woche wächst die Abonnentenzahl um mehrere Hunderte; sie werden sich den Ausbau des Blattes, das kürzlich um die „Wirtschaftliche Rundschau“ erweitert wurde, ferner angelegen sein lassen.

An die Leser wird heute die Bitte gerichtet,

auf der dieser Nummer beiliegenden Postkarte

die Adressen solcher Personen zu verzeichnen und uns einzusenden, die als Abonnenten der „Glocke“ gewonnen werden könnten.

Redaktion und Verlag

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451